Sonnabend, 12. Januar 1924. **Einzelnummer 100000 Mark.** 63. Jahrgang. **Nr. 10.**

Bezugspreis*) monatl. M.: bei der Geschäftsst. 2 000 000, bei den Ausgabest. 2 020 000, durch Zeitungsb. 2 040 000, durch Post inkl. Geb. 2 047 500, ins Ausland 3 000 000 p. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 80 000 M. Reklameteil 200 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000 M. *) Reklameteil 200 000 M in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Die polnischen Sozialisten und die Minderheiten.

Ueber die von der polnischen Regierung zu verfolgende Politik gegenüber den nationalen Minderheiten wurde auf dem 19 Kongreß der Polnischen Sozialistischen Partei, der kürzlich in Krakau stattfand, folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„I. Der 19. Kongreß der P. P. S. stellt fest, daß das Nationalitätenproblem in Polen eine der brennendsten Fragen im Staats- und Gesellschaftsleben Polens ist, die der Lösung dringend bedürfen. Die bisherige Tätigkeit der verschiedenen Kabinette war ständig von nationalistischen Einflüssen durchtränkt, die Bestimmungen der Konstitution wurden nicht gewürdigt. Im Gegenteil wurden gegenüber den nationalen Minderheiten, insbesondere in den Ostgebieten, wo die Ukrainer und Weißrussen geschlossen als Mehrheit der Bevölkerung die Gebiete bewohnen, Repressalien und Bedrückungen verübt. Das Kabinett Witos-Korfanty aber, das amtlich die Ideologie des polnischen Nationalismus repräsentierte, brachte die Verhältnisse zu einer noch größeren Verschärfung.

Ein solcher Stand der Dinge verwandelt die Republik Polen in eine Arena andauernder Nationalitätenkämpfe, hemmt die Entwicklung der Arbeiterbewegung, steht im Gegensatz zu den Bestrebungen der Demokratisierung des Staates, stärkt die reaktionären Kräfte in der polnischen Allgemeinheit und wühlt andererseits die nationalistischen Strömungen unter den nationalen Minderheiten auf, indem er ein nationalistisch-klerikales Übergewicht innerhalb der Ukrainer und Weißrussen, ein hakatistisches Übergewicht bei den Deutschen herbeiführt und den Zionismus unter den Juden stärkt. Unter diesen Verhältnissen muß die Polnische Sozialistische Partei in dieser Frage die Initiative auf sich nehmen.

Die Beendigung des Nationalitätenkampfes, die Schaffung von Bedingungen, unter denen die nationalen Minderheiten die volle Freiheit ihrer nationalen und kulturellen Entwicklung finden, unter denen ihre friedliche und brüderliche Zusammenarbeit mit dem polnischen Volke ermöglicht wird, ist eine Pflicht des polnischen Sozialismus und liegt im Interesse der Demokratie und der Zukunft des Staates.

Von diesem Standpunkte ausgehend, appelliert der Kongreß an die leitenden Parteiorgane und im besonderen an den Verband der P. P. S., eine entschiedene und energische Aktion einzuleiten, zur:

a) vollständigen und wirklichen Gleichberechtigung sämtlicher Bürger der Republik ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität;
b) unverzüglichen Einführung von Bestimmungen in die Konstitution, die den nationalen Minderheiten ihre kulturellen und sprachlichen Rechte, besonders auch auf dem Gebiete des Schulwesens garantieren, wobei streng darauf geachtet werden soll, daß bei der Verteilung von Subventionen und Stipendien durch den Staat, die Gemeinden und andere Selbstverwaltungskörperschaften lediglich Rücksichten auf den Stand der betreffenden Schule entscheidend sein sollen, nicht aber Rücksichten der Unterrichtssprache, der Nationalität oder des Glaubens (vgl. die Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg);
c) zum vollständigen Bruch mit der Politik der Schikanen seitens der Verwaltungsbehörden, sowie mit der Politik der Glaubens- und Nationalitätenverfolgungen, welche die größte Verurteilung verdienen; Reorganisation und Vervollkommnung der Verwaltung in den Ostgebieten;
d) Einführung der Gemeindeselbstverwaltung in den sogenannten Ostgebieten, in den Städten und auf dem Lande, der Selbstverwaltung in den Kreisen und Wojewodschaften. Zulassung der Bürger der Republik, die den nationalen Minderheiten angehören, zur Staatsverwaltung in sämtlichen Zweigen;
e) zur Durchführung der Agrarreform im Sinne der Forderungen der Polnischen Sozialistischen Partei;
f) zur territorialen Autonomie für die Minderheiten, die geschlossen die östlichen Gebiete bewohnen, unter Wahrung der Rechte der polnischen Bevölkerung.

II. Der Kongreß nimmt zur bestätigenden Kenntnis die Schritte des Zentralen Ausführungskomitees, die auf die Festsetzung eines ständigen Kontakts zwischen der Polnischen Sozialistischen Partei und den sozialistischen Gruppen und Organisationen der nationalen Minderheiten abzielen. Gleichzeitig unterstreicht der Kongreß mit allem Nachdruck, daß ebenso, wie es sich der polnische Sozialismus zur Pflicht gemacht hat, den polnischen Nationalismus zu bekämpfen, auch die ukrainische, weißrussische, deutsche und jüdische Demokratie die nationalistischen und klerikalen Strömungen bekämpfen müssen. Der Kongreß ermächtigt die leitenden Parteiorganisationen zur weiteren Arbeit nach dieser Richtung hin.

Über die Politik der P. P. S. sprach der Abg. Barlicki, der in seiner Rede dringend die Aufhebung der Lodzer Beschlüsse über Nichtteilnahme der Partei an der Regierung empfahl, was auch angenommen wurde. Barlicki sagte u. a.:

„Die nationalistischen Kämpfe in Polen, die der Chauvinismus erweitern möchte, liegen lediglich im Interesse der Reaktion. Die Reaktion bedient sich der bekannten antisemitischen Methoden, um die Aufmerksamkeit des Volkes von den Quellen des Leides und des Unglücks abzulenken. Die nationalen Minderheiten müssen in vollem Umfange ihre ihnen durch die Verfassung garantierten Rechte genießen können. Wenn Polen im Verhältnis zu den Minderheiten den demokratischen Weg geht, erhält es in den 30 Prozent fremder Nationalitäten gute Staatsbürger, die in jedem Augenblick zu seiner Verteidigung bereit stehen werden. Im entgegengesetzten Falle werden sie in der Stunde der Gefahr den polnischen Staat richten . . .

In diesem Sejm hat die Reaktion 169 sichere Stimmen. Das ist viel. Andererseits sind nicht alle Elemente der Linken oder der sogenannten Linken sicher. Der Jüdische Klub geht öfters und in verschiedenen Fragen mit der Rechten. Mit der Linken stimmt er nur dann, wenn es sich um die Interessen des jüdischen Volkstums handelt. Die Deutschen bilden in verschiedenen Fragen gleichfalls keinen geschlossenen Block. Bei diesem Stand der Dinge muß unser Bestreben dahin gehen, daß der gegenwärtige Sejm aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Aber das kann nicht heute geschehen. Heute, wo die **Rechte keine Aussichten hat auf günstige Wahlen, werden weder** die Endeker (N. D. = Nationaldemokraten), noch die Dubeker (= Dubanowiczgruppe), noch die Chadeker (= Christliche Demokratie), noch die Piasten für die Auflösung des Sejm stimmen. Und zur Herbeiführung eines solchen Beschlusses bedarf es zwei Drittel aller Stimmen. Heute ist dieser Moment noch nicht gekommen. Aber die P. P. S. muß bereit sein, diesen Moment zu erfassen, wenn er sich bietet."

An der sozialistischen Tagung hatten als Vertreter der Deutschen Arbeitspartei in Lodz auch die deutschen in Lodz gewählten Abgeordneten Kronig und Zerbe teilgenommen. Abg. Kronig hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er, dem „Robotnik" zufolge, u. a. folgendes ausführte:

„Die polnischen und deutschen Sozialisten in Polen verbindet das gemeinsame Ziel: der Sieg des Sozialismus, und in dieser Hinsicht gibt es zwischen uns keine Unterschiede. Wir sind überzeugt, daß wir gemeinsam das Ziel erreichen werden. Aber der deutsche Arbeiter leidet doppelt: nicht nur infolge der Bedrückung durch den Kapitalismus, sondern auch infolge der Bedrückung durch die polnische Reaktion. Ich weiß, daß die Polnische Sozialistische Partei unsere Rolle, die wir mit Rücksicht darauf spielen, versteht. Als Vertreter des deutschen Proletariats in Polen, verlangen wir nur das, was in der Verfassung versprochen wurde. Die Reaktion, die genau weiß, daß der Nationalismus den Zusammenschluß der sozialistischen Bewegung im Lande hindert, baut darauf, und daher ist unsere erste Aufgabe die Bekämpfung des Nationalismus. Der polnische Nationalismus erzeugt wieder in einer Reihe von Minderheiten Nationalismus, und wäre nicht der, dann wäre eine sozialistische Partei in Polen möglich. Das ist unsere Forderung, und daher sehen wir auch unsere Organisation als etwas Besonderes nur für zeitweilig an."

Wegen dieser Stellungnahme richtet die Lodzer „Freie Presse" in Nr. 4 heftige Angriffe gegen den Abg. Kronig und die deutsche Arbeitspartei. Es heißt dort u. a.:

„Die Deutsche Arbeitspartei hat zu wiederholten Malen ihren deutschen Charakter öffentlich betont und sich für völkische Belange wacker eingesetzt. Nun hat sie aber auf dem Kongreß der Polnischen Sozialistischen Partei in Krakau ihre Maske fallen lassen und durch den Mund ihres Vertreters, des Abgeordneten Kronig, erklärt, daß sie ihre Organisation nur als eine Zwischenstufe, als eine vorübergehende Erscheinung, betrachte. Also: die deutschen Arbeiter werden gesammelt, um der Polnischen Sozialistischen Partei zugeführt zu werden! Deutsche sollen helfen, die Reihen derjenigen Partei zu stärken, die trotz ihrer angeblichen Gleichgültigkeit in nationalen Fragen es doch niemals unterlassen hat, den deutschen Mitbürgern in deren völkischen lebenswichtigen Fragen zu schaden! Wir erinnern nur an die Schulangelegenheiten! Die Arbeitspartei wird wohl selbst wissen, wie man eine derartige Handlung am eigenen Volke nennt! Wir zweifeln jedoch, ob alle ihre Mitglieder den traurigen Mut aufbringen werden, sich in einen Gegensatz zu ihrem Volk zu stellen. Dem geistigen Vater des Gedankens der Stärkung der Feinde unseres Volkstums aber rufen wir zu: Was Du tun willst, das tue bald!"

Ob diese Angriffe in ihrer Schärfe berechtigt sind, das möchten wir bezweifeln. Das neue Programm der P. P. S. tritt doch offenbar voll für die Minderheitsrechte ein und zwar gerade auch auf dem Gebiete des Schulwesens, auf das die „Freie Presse" hinweist. Daß in der Praxis Mitglieder der Polnischen Sozialistenpartei oftmals einen minderheitsfeindlichen Standpunkt einnahmen, ist bekannt. Aber sollte das neue Krakauer Programm und die Rede des Führers Barlicki wirklich ganz und gar in den Wind gesprochen sein und kann der Deutsche nicht in jedem Falle auf die klare und offizielle Festlegung der Partei für den Schutz der Minderheitsrechte hinweisen, so oft die Praxis damit nicht übereinstimmt?

Um die Sanierung der polnischen Finanzen.

Steuerbons und Eisenbahnobligationen.

Am Donnerstag fand im Finanzministerium unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Konferenz statt, die der Sanierung der Finanzen gewidmet war. Der Finanzminister teilte den Teilnehmern die nächsten Maßnahmen bezüglich der Vermögenssteuer mit, die in der Zeit vom 20. Januar bis zum 20. März weitere 140 Millionen Goldfranken bringen soll. Im weiteren Verlauf der Konferenz sprach der Finanzminister über die Einführung zinsloser Steuerbons, die die Zahlung der valorisierten Steuern erleichtern sollen, und über die Emission von achtprozentigen Eisenbahnobligationen als valorisierte Staatspapiere, deren Sicherung im Eisenbahnvermögen liegen soll. Die Obligationen sollen dazu dienen, das für die Eisenbahn notwendige Umsatzkapital zu gewinnen und gegebenenfalls Eisenbahninvestitionen zu decken. Die Projekte sollen in der nächsten Sitzung des Ministerrates eingebracht werden.

In der Aussprache wurde die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß schnellste Emission der Steuerbons notwendig sei, die für die Steuerzahler wie für den Staat Vorteile bringen werde. Die Eisenbahnobligationen sollen nach der Meinung der meisten Konferenzteilnehmer auf zehn Jahre lauten. Die emittierten Obligationen werden eine Wendung in der Bewältigung des Haushaltsfehlbetrages mit Hilfe einer inneren Anleihe bedeuten. Die Obligationen werden volle Sicherung haben und alle Privilegien der Prozentpapiere genießen. Die Konferenzteilnehmer waren davon überzeugt, daß die Nachfrage nach ihnen sehr stark sein werde.

Steuerberatungen im Senat.

In der Donnerstagssitzung des Senats wurde der Gesetzentwurf über die Vorschriften zur Staatseinkommensteuer angenommen. Zum Haushaltsprovisorium für das erste Quartal des laufenden Jahres bemerkte der Referent, Senator Buzek von der Poln. Volkspartei, daß es im Vergleich zu allen früheren Provisorien eine bedeutende Verbesserung bedeute, da es in größerem Maße die Wirtschaft der Regierung und eine intensivere Kontrolle ermögliche. Im ganzen können die Ausgaben im ersten Quartal die Summe von 518 Billionen Mark erreichen. Nach Ansicht des Referenten ist dies jedoch eine Maximalziffer, da in Wirklichkeit die Ausgaben bedeutend niedriger sein würden. Das neue Provisorium ermöglicht die Aufstellung von Monatsbudgets und verbietet dem Finanzminister, ohne besondere Ermächtigung für laufende Ausgaben zur Notenpresse zu greifen. Das beweise, daß bald eine Stabilisierung der Mark erwartet wird.

Nach Annahme des Zusatzprovisoriums für das vierte Quartal des vergangenen Jahres und des Provisoriums für das erste Quartal des laufenden Jahres wurde das Vermögenssteuergesetz erörtert und in der Abstimmung mit 43 gegen 30 Stimmen im Sejmwortlaut angenommen.

Senator Karpiński sprach dann zum Vollmachtsgesetz. Er sagte u. a., daß der schlechte Stand des Geldes keine Reformen auf wirtschaftlichem, kulturellem und administriellem Gebiet gestatte und das Wirtschaftsleben gefährde. Deshalb höre man von allen Seiten den Ruf: „Gebt uns gutes Geld!" Der Sejm, der geneigt sei, jeden Minister als einen immer im Anklagezustand befindlichen Menschen zu behandeln, habe jetzt auf seinen Einfluß auf vielen Gebieten verzichtet und dem Finanzminister in der parlamentarischen Geschichte einzig dastehende Vollmachten gegeben.

Senator Zdanowski vom Nat. Volksverband sagte, daß der Sejm über die konstitutionellen Zweifel zur Tagesordnung übergegangen sei. Für eine so weitgehende Interpretation der Verfassung könne man nur mit Rücksicht auf den Ernst der Lage und das Wohl der Finanzen stimmen. Durch die Stimmabgabe für das Gesetz schaffe man sich nicht nur die Sorge vom Halse, sondern entledige sich auch der Verantwortung dafür, was geschehen werde.

Senator Szarski von den Christl.-Nationalen äußerte die Ansicht, daß man das Staatsbudget in dem Zustande, in dem es sich in Polen befinde, nicht durch Hausmittel ins Gleichgewicht bringen könne. Dazu seien ungewöhnliche Mittel nötig. Man müsse dem Staat eine Atempause geben, damit er, ohne sich um das Budget zu sorgen, die Inflation dämmen könne. Nur durch große Sparsamkeit könne man in Ordnung kommen. Der Zloty wird nur dann die Rolle des Dollarvertreters erfüllen, wenn er sich des Vertrauens erfreuen wird. Der Redner hält es für richtig, daß nicht 30, sondern 50 Prozent der Zlotyemission Deckung haben.

Zum Schluß der Sitzung wurde die Ratifizierung des deutsch-polnischen Zusatzabkommens, das den Termin für Druckfehlerberichtigungen in der Oberschlesischen Konvention bis zum 31. Mai d. Js. verlängert, unverändert angenommen.

Die künftigen polnischen Münzen.

Der Leiter der Staats-Münzkammer erklärte einem Vertreter der „Gazeta Warszawska", daß die Münzkammer des Staates am 1. Februar zur Aufnahme des Betriebes vollkommen vorbereitet sein werde. Vorläufig sollen Bronzemünzen geprägt werden. Nickelmünzen wird die österreichische Münzkammer in Wien herstellen. Silbermünzen sollen im Auslande, Goldmünzen im Inlande geprägt werden.

Ausweisungen Deutscher aus Polen.

Die polnischen Blätter melden den Beginn einer größeren Ausweisungsaktion, die, wie verlautet, das Innenministerium als Repressivmaßnahme gegen Maßnahmen deutscher Behörden angeordnet hat. Am Donnerstag erhielten vier Personen deutscher Nationalität den Ausweisungsbefehl, und zwar: der Gutsbesitzer Heinrich Schönfeld, Zawada im Kreise Rawitsch, Bankdirektor Willi Sakries, Ernst Lippmann aus Neutomischel und Hans Heimann, Kaufmann auch Schroda. Weitere Ausweisungen werden erwartet.

Fünf Separatistenführer in Speyer ermordet.

Speyer, 10. Januar. In Speyer sind gestern abend die prominentesten Führer der Separatistenbewegung von zurzeit noch unbekannten Tätern erschossen worden. Gegen 9¼ Uhr abends drangen eine Anzahl von Personen in den „Wittelsbacher Hof" ein, in dem die Führer der Separatisten zum Abendessen saßen. Gleich darauf fielen Schüsse, durch die mehrere Personen, die im Lokal saßen, getroffen zu Boden gestreckt wurden. Es handelt sich, wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, um die Separatistenführer Heinz-Orbis, Weiß, ferner Sand, Weigl und Fußheller. Diese sind getötet worden. Ein gewisser Blienthal und eine Reihe weiterer Personen sind schwer verletzt worden. Alle Getöteten sind Führer der pfälzischen Separatistenbewegung. Als die Schüsse gefallen waren, riefen die Täter den Gästen zu, sie mögen unbesorgt sein. Es geschehe ihnen nichts, doch dürften sie vor Ablauf einer Viertelstunde das Hotel nicht verlassen.

Kurz darauf trafen Gendarmen und deutsche Polizei im „Wittelsbacher Hof" ein, ferner Separatistentruppen und französisch-afrikanisches Militär, die eine Untersuchung aller Anwesenden vornahmen, bei denen jedoch keine belastenden Dinge gefunden wurden. Die Täter hatten inzwischen ungestört und unerkannt das Lokal verlassen. Im Anschluß an dieses Attentat sollen sich gestern noch blutige Zusammenstöße zwischen den Separatisten und der Bevölkerung in Speyer ereignet haben, die zeitweise den Charakter von Unruhen angenommen haben. Nähere Meldungen hierüber liegen noch nicht vor, da die Separatisten eine strenge Verkehrssperre verhängt haben. Nach einer anderen Meldung ist es zu keinen weiteren Störungen in der Stadt gekommen. Verhaftungen sind bisher noch nicht vorgenommen worden. Auch vor dem Hotel sind nach dem Attentat drei Verletzte aufgefunden worden.

Der Völkerbundsrat und die deutsche Minderheit in Polen.

Über die Behandlung der Minderheitenfrage auf der Dezembertagung des Völkerbundrates geht uns von sachkundiger Seite, leider mit recht bedeutender Verspätung, noch folgender genaue Bericht zu:

Nicht weniger als zwei offizielle Sitzungen des Völkerbundrates und zwei Sitzungen eines besonderen Komitees sind diesmal den Fragen des Schutzes der deutschen Minderheit in Polen gewidmet gewesen. Es handelte sich bekanntlich um die Prüfung der Vorschläge, die die polnische Regierung für die Ausführung der beiden Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofes und der im Anschluß daran gefaßten Resolutionen des Rates vom September vorgelegt hat. — Geringe Schwierigkeiten machte die

Behandlung der Staatsangehörigkeitsfrage.

Man darf wohl annehmen, daß hierüber eine inhaltliche Einigung bereits gelegentlich des Besuches erzielt worden ist, den der Direktor der Minderheitensektion des Völkerbundes, Herr Colban, vor einigen Wochen in Warschau abgestattet hatte. In seiner Resolution vom 27. September hat der Rat eine Resolution angenommen, in der er das Gutachten des ständigen Gerichtshofes vom 15. September über die Auslegung des Art. 4 ausdrücklich annahm und für die Auslegung der Bestimmungen des Art. 3 und der praktischen Anwendung des Art. 4 Verhandlungen zwischen der polnischen und der deutschen Regierung anerkennt. Der polnische Delegierte, Herr Skirmunt, hat — wie der Berichterstatter des Rates, Herr Souzadantes, mitteilt — dem Rat am 10. Dezember ein Memorandum überreicht, in dem er die Bereitschaft seiner Regierung erklärte, über die Frage des Art. 4 wie die Frage des doppelten Wohnsitzes und des ununterbrochenen Wohnsitzes, die sich aus Art. 3 des Vertrages ergibt, Verhandlungen mit Deutschland unter den Auspizien des Völkerbundes in Genf zu führen. Der Völkerbundrat hat auf Vorschlag seines Berichterstatters von den Erklärungen der polnischen Kenntnis genommen, das vorgeschlagene Verhandlungsprogramm gebilligt und den Berichterstatter ersucht, ihm das nächste Mal einen Bericht über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen vorzulegen. Erwähnt sei noch, daß in dem Memorandum des polnischen Delegierten auch die übrigen deutsch-polnischen Verhandlungen kurz berührt werden. Der polnische Vertreter ist der Auffassung, daß gleichzeitige und parallele Verhandlungen über all die Fragen eingeleitet werden können, die in dem ursprünglichen Programm für die Dresdener Verhandlungen enthalten sind, aber bisher noch nicht haben gelöst werden können.

Nicht so einfach waren die

Verhandlungen über die Ansiedlerfrage.

Die polnische Regierung hat dem Völkerbundrate **ein Memorandum** zu der Frage vorgelegt, in dem sie sich zunächst noch einmal mit dem Haager Gutachten auseinandersetzt.

Dmowski,

der für dieses Memorandum verantwortlich zeichnet, erklärt, daß die polnische Regierung nicht in der Lage sei, ihre Rechtsauffassung zu ändern. Nach wie vor halte die polnische Regierung die Ansicht aufrecht, daß die Grundsätze des Minderheitenrechts auf die Ansiedlerfrage nicht angewandt werden können. Das Gesetz vom 14. Juli 1920 sei nicht speziell gegen die Minderheiten gerichtet, sondern lediglich eine zur Ausführung des Vertrages von Versailles getroffene Maßnahme. Es berühre das Gesetz in keiner Weise das Recht der Minderheiten, ihre Religion auszuüben, ihre Sprache und Gewohnheiten aufrecht zu erhalten, noch schädige es in irgend einer Weise den Status der Minderheiten. Es könnten Fälle angeführt werden, in denen das Gesetz auf Personen polnischer Abstammung angewandt wurde. Der Gerichtshof fordere nicht nur formelle Rechtsgleichheit, sondern auch tatsächliche Gleichheit, von der er weder im Texte noch in der Anwendung des Gesetzes ein Anzeichen sieht. Der Gerichtshof setze jedoch nicht auseinander, was unter „tatsächlicher Gleichheit" zu verstehen ist. Nach wie vor müsse die polnische Regierung ablehnen, sich als Rechtsnachfolger des preußischen Staates zu betrachten. Der Gerichtshof überschreite zudem in seinem Gutachten mehrfach die Formulierungen, in denen die Fragen ihm vom Völkerbundrat vorgelegt wurden. Der Gerichtshof habe in verschiedenen Fällen nicht auf die polnischen Argumente geantwortet. Auch sei das Verfahren, das der Gerichtshof angewandt habe, nicht adäquat und darum gefährlich. Insbesondere scheint damit die Zuziehung der deutschen Regierung zu dem Verfahren gemeint zu sein.

Obwohl also die polnische Regierung nicht beabsichtige, die Grundsätze aufzugeben, die sie vertreten hätte, bestrebe sie sich, eine praktische Lösung zu finden, die mit den polnischen Grundsätzen nicht unvereinbar sei, gleichzeitig aber die Zuständigkeit und die Autorität des Völkerbundes anerkenne.

Die Lösung der polnischen Regierung.

Diese Lösung erblickt die polnische Regierung **erstens in einer finanziellen Entschädigung der vertriebenen Ansiedler** und zweitens darin, daß diejenigen Ansiedler, **die noch nicht vertrieben sind, auf ihren Stellen gelassen werden sollen.** Beides allerdings unter gewissen Einschränkungen, auf die der Berichterstatter in seinem Bericht ausführlich eingegangen ist. Dieser Bericht lautet in wörtlicher Übersetzung wie folgt:

Bericht Souza Dantas' über die Ansiedlerfrage.

„Durch die Resolution vom 27. September 1923 hat der Völkerbundrat von dem Gutachten Kenntnis genommen, das der ständige internationale Gerichtshof am 10. September 1923 über die internationalen Verpflichtungen Polens bezüglich gewisser Kolonisten deutscher Rasse und polnischer Staatsangehörigkeit abgegeben hat. Der Rat hat die polnische Regierung aufgefordert, ihm vor der gegenwärtigen Sitzung des Rates Informationen zu unterbreiten, die anzeigen, in welcher Art die polnische Regierung die Regelung der Lage der fraglichen Ansiedler beabsichtigt. In dem Bericht, durch den Vertreter Brasiliens diese Resolution seinen Kollegen zur Billigung unterbreitet hat, hat er davon Mitteilung gemacht, daß viele dieser Ansiedler nicht im Besitz ihrer Grundstücke belassen worden sind und daß eine gewisse Anzahl unter ihnen der Zwangsverwaltung unterworfen sind. Ferner daß andere ihre Ländereien haben verlassen müssen und sich zu einem großen Teile als Flüchtlinge in Deutschland befinden. Der Berichterstatter hat gesagt, daß diese Lage Fragen praktischer Natur ergibt, über welche der Rat nicht eher einen Beschluß fassen kann, bevor die polnische Regierung den Rat hat wissen lassen, wie sie von ihrer Seite sich die Regelung dieser Fragen denkt.

Der polnische Minister für auswärtige Angelegenheiten hat uns soeben seine Bemerkungen zu dieser Frage in einer Note vom 1. Dezember 1923 mitgeteilt. Diese Note ist an die Mitglieder des Rates verteilt worden. Soweit diese Bemerkungen eine Kritik an dem Gutachten des Gerichtshofes darstellen, glaube ich mich auf die einfache Erklärung beschränken zu müssen, daß diese Kritik meine Überzeugung davon nicht geschwächt hat, daß das Gutachten des Gerichtshofes wohlbegründet ist.

Die polnische Regierung wünscht ihren grundsätzlichen Standpunkt zu bewahren, aber nichtsdestoweniger eine praktische Lösung für die Regelung dieser Frage zu finden; eine Lösung, welche sich auf der einen Seite nicht in Widerspruch setzt mit den von Polen aufrecht erhaltenen Grundsätzen, auf der anderen Seite dem Ansehen und der bedeutenden Tätigkeit des Völkerbundes Rechnung trägt.

Diese Regelung würde bestehen, erstens in einem pekuniären Arrangement zwischen dem polnischen Staatsschatz und den aus dem Eigentum ihrer Grundstücke entfernten Ansiedlern, zweitens in dem Verzicht auf jede Vertreibungsmaßnahme mit Hinsicht auf die Kolonisten, gegen welche Urteile noch nicht zur Ausführung gekommen sind

Die Entschädigung der Ansiedler.

Ich werde nun jede dieser beiden Fragen für sich besprechen

1. Die Regierung ist bereit, den fraglichen Kolonisten eine Summe zuzugestehen, die dem Wert des direkten, materiellen Schadens entsprechen würde, den der Kolonist erlitten hat.

Persönlich bin ich der Ansicht, daß hier ein Vorschlag vorliegt, der verdient, in ernste Erwägung durch den Rat genommen zu werden, als Lösung, die aus praktischen Gründen angezeigt ist. Ich muß indessen präzisieren, die polnische Note sagt, daß der direkte materielle Schaden, den der Ansiedler erlitten hat, sich berechnen würde nach den beiden folgenden Summen: „a) diejenige, die einen Teil des Wertes des Grundstückes darstellt, und zwar den Teil, den der Ansiedler durch seine Zahlungen an die preußische Regierung zur Amortisation der Schuld gezahlt hat und um den er somit von dieser Schuld befreit ist; b) diejenige, die zum Bau von Gebäuden auf dem Grundstück benutzt ist."

Eine solche Lösung würde in jedem einzelnen Falle eine finanzielle Abrechnung zwischen den Organen der Regierung und der Kolonisten erfordern. Die Festsetzung der Modalitäten usw."

Es erheben sich hier mehrere Fragen:

a) Wird der Schadenersatz den tatsächlichen gegenwärtigen Wert des Grundstückes decken, nach Abzug der kapitalisierten Summe, die das Grundstück auf Grund des Vertrages noch belastet, oder, anders gesagt, in welcher Art wird die Berechnung gemacht werden?

b) Wird der Wert der Ernte, des Viehs und der übrigen Gegenstände des beweglichen Vermögens in die Rechnung aufgenommen und wenn nicht, aus welchem Grunde?

c) Welches werden die Organe der polnischen Regierung sein, die sich mit der Aufstellung der Abrechnungen befassen werden und wie wird die Lage im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Kolonisten und diesen Organen sein?

d) Können die Kolonisten sich vertreten lassen und ihre Interessen einem zu diesem Zwecke geschaffenen Organ anvertrauen?

e) Welches werden die Modalitäten der Zahlung sein?

Die polnische Note spricht von der Stellung Deutschlands und im einzelnen von der Frage der Reparationen in ihrer Beziehung zur Frage des Schadenersatzes. Diese Bemerkungen der polnischen Note sind auf der Auffassung gegründet, daß die fraglichen Grundstücke dem deutschen Staat gehörten.

Der Verzicht auf weitere Vertreibungen.

2. Was diejenigen Ansiedler anbetrifft, welche noch nicht aus dem Besitz ihrer Grundstücke entfernt sind, so erklärt die polnische Regierung, daß sie die Absicht hat, die Prozesse gegen die Ansiedler bis zum Ende zu verfolgen und Urteile zu erstreiten; **aber daß sie in dem Wunsche, eine Lösung zu finden, die mit den Wünschen des Völkerbundes übereinstimmt, sie auf die Ausführung der erstrittenen Urteile zu verzichten gedenkt.** Die Absicht der polnischen Regierung, die anhängigen Prozesse zu verfolgen, ist unter anderem auf dem Wunsche begründet, zu vermeiden, daß man sagen könne, die Regierung nehme das Prinzip, als Rechtsnachfolger des preußischen Staates in den zivilrechtlichen Verpflichtungen betrachtet zu sein, an. Es scheint auch, daß bei gewissen Prozessen die Ansiedler Kläger sind, und daß in diesen Fällen die polnische Regierung sich vorbehält, die Prozesse fortzuführen, um sich zu verteidigen. Ein anderer Grund, um die Prozesse fortzusetzen (oder vielleicht um neue in den Fällen anzustrengen, wo ein Prozeß noch nicht begonnen hat), scheint zu sein, daß die polnische Regierung die Absicht hat, den Ansiedlern nach Verurteilung durch Gerichte veränderte Kontrakte anzubieten. In jedem Falle, insofern, als es sich um die wirtschaftlichen Bestimmungen handelt und unter der Bedingung, daß der fragliche Kolonist nicht schuldig befunden ist, „illegale, gegen die Sicherheit des polnischen Staates gerichtete Akte begangen zu haben". Dieses würde man, wie ich fürchte, als eine Erklärung zu dem Zwecke interpretieren können, daß die gegenwärtigen Kontrakte der Ansiedler als nicht gültig angesehen werden.

Die polnische Note sagt, daß die unter Nr. 1 und 2 erwähnten Maßnahmen sich einzig auf diejenigen Ansiedler beziehen, welche die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, in Übereinstimmung mit und in den Grenzen der Fragestellung, wie sie durch die erste Resolution dem Gerichtshof vorgelegt ist.

Die Mitglieder des Rates werden sicherlich Schwierigkeiten haben, sich unmittelbar eine sichere Meinung über alle diese schwierigen Fragen zu bilden, von denen ich in meinem vorliegenden Bericht nur die allgemeinen Linien habe zeichnen können. Um die Prüfung dieser Fragen zu erleichtern, und um zu einer möglichst schnellen Lösung zu kommen, erlaube ich mir vorzuschlagen, der Rat wolle mir zwei seiner übrigen Mitglieder beigeben, um mit mir die Angelegenheit zu prüfen, um dem Rat noch vor Ende der gegenwärtigen Tagung einen Bericht zu unterbreiten.

Kommissionsgründung.

Der Rat bestimmte auf Grund dieses Berichtes, den Vertreter Italiens und Großbritanniens gemeinschaftlich mit dem Vertreter Brasiliens, die Fragen weiter zu prüfen. Das Komitee hat sich zweimal mit der Delegation der polnischen Regierung vereinigt. Der Bericht, den das Komitee daraufhin dem Rat vorlegte, bestand lediglich aus folgendem

Entwurfe einer Resolution:

Der Völkerbundrat 1. ist der Auffassung, daß die Frage der Ansiedler deutscher Rasse in Polen nur auf der Grundlage des Gutachtens geregelt werden kann, das der ständige internationale Gerichtshof am 10. September 1923 abgegeben hat und dem der Rat sich anzuschließen erklärt.

2. Da es aus praktischen Gründen unmöglich zu sein scheint, die Ansiedler auf ihre Grundstücke wieder einzusetzen — was in der Tat die angemessene Maßnahme wäre —, so müssen diese Ansiedler von der polnischen Regierung eine gerechte Entschädigung für die Schäden erhalten, die sie infolge der Tatsache erlitten haben, daß sie nicht im ruhigen Besitz ihrer Grundstücke belassen worden sind.

3. Der Völkerbundrat hofft, daß die polnische Regierung ihre Vorschläge über die ihr angezeigten Grundsätze bald unterbreiten wird. In Erwartung dessen nimmt der Völkerbundrat von der vom Vertreter Polens gegebenen Versicherung Kenntnis, daß in allen den Fällen, wo bis zum gegenwärtigen Datum eine Vertreibung noch nicht stattgefunden hat, die Urteile der polnischen Gerichte, welche eine Vertreibung anordnen, nicht ausgeführt werden sollen.

4. Um sich voll seiner Pflicht gegenüber den Personen, die zu der in Frage stehenden Minderheit gehören, zu entledigen, bittet der Völkerbundrat sein Komitee (die Vertreter Brasiliens, Großbritanniens und Italiens), weiterhin die Angelegenheit zu verfolgen, und dem Rat einen neuen Entwurf bis zur nächsten Tagung vorzulegen.

An diesen Bericht schloß sich eine eingehende Aussprache an. Lord Robert Cecil sprach mit großem Ernst von der Bedeutung und Unverbrüchlichkeit des Minderheitenschutzvertrages. Er berührte in seiner Rede auch noch verschiedene andere schwebende Minderheitsfragen. Ursprünglich hatte in dem Entwurf der Resolution beim letzten Punkt noch der Satz gestanden, daß das Komitee die Vollmacht besitze, um alle Maßnahmen zu treffen, die es für erforderlich halten würde, um seinen Bericht zu erstatten. Auf Antrag Skirmunts wurde dieser Satz gestrichen, nachdem festgestellt war, daß auch ohne diese ausdrückliche Ermächtigung das Komitee volle Bewegungsfreiheit habe. Skirmunt erklärte schließlich, er sei nicht in der Lage, bindende Erklärungen abzugeben. Er werde aber seiner Regierung unverzüglich Mitteilung machen, insbesondere auch über die anderen die Minderheit betreffenden Fragen, wegen derer der Völkerbundrat **Besorgnis hegt.**

Um die Wiederkehr Pilsudskis.

Der Staatspräsident hat, wie der „Kurjer Polski" erfährt, dem Marschall Pilsudski mitgeteilt, daß er nicht aufhört, auf die Übernahme des Postens eines Generalinspekteurs der Armee durch ihn zu zählen. Diese hätte zu erfolgen, wenn der Sejm das Gesetz über die Organisation der höchsten Militärbehörden beschlossen hat. Gleichzeitig erfährt das Blatt, daß der Staatspräsident Wert darauf legt, daß möglichst schnell im Sejm das Gesetz über die Organisation der höchsten Militärbehörden eingebracht wird.

Aus der polnischen Presse.

Die Odyssee des Grafen Zamoyski.

Der „Kurjer Polski" spricht unter dieser Überschrift in Nr. 9 von der Reise des Grafen Zamoyski nach Paris, die er sofort nach der Annahme des Außenministerpostens antrat. Das Blatt weist zunächst auf die Verzögerung der Ankunft Zamoyskis infolge der Schneeverwehungen hin. „Wir hören, daß der neue Minister heute wieder nach Paris fährt, wo sein Aufenthalt nach offizieller Mitteilung zwei Wochen dauern soll. Das bedeutet, daß, sogar wenn der Schnee bis zu dieser Zeit geschmolzen ist, Graf Zamoyski nicht vor Ende des laufenden Monats seine Pflichten ernsthaft aufnehmen kann. Das ist ein wenig spät in einer Epoche, wo in England ein Regierungswechsel, in Paris die Unterzeichnung des Vertrages mit der Tschechoslowakei, in Belgrad die Beratungen der Kleinen Entente und eine evtl. Neuorganisierung gegenüber Rußland und in Warschau eine Versammlung der Vertreter der Baltenstaaten erfolgen soll . . . Aus der Tatsache, daß Graf Zamoyski es für möglich hält, nicht an den Bewegungen unserer Auslandspolitik während der ersten Wochen seiner Amtsführung teilzunehmen, könnte man sich die Philosophie des politischen Systems des neuen Ministers vorstellen und sie so definieren, wie Josef Szujski die Auslandspolitik der polnischen Adligen im 18. Jahrhundert definierte: Inertia — sapientia (Untätigkeit ist Weisheit). Eine Philosophie, die für den Augenblick, in dem wir leben, wirklich wenig geeignet ist . . ." Das Blatt spricht dann von der Absicht Zamoyskis, auf den Posten eines Unterstaatssekretärs in seinem Ministerium den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes zu berufen, „der — sicherlich mit Erfolg — sich bisher ausschließlich mit finanzrechtlichen Dingen, mit Liquidations- und Abrechnungsangelegenheiten usw. beschäftigt, aber noch nicht die geringste diplomatische Vorschule durchgemacht hat. Wir tragen also ganz von selbst den Eindruck davon, daß die Tätigkeit des neuen Ministers sich mehr unter dem Einfluß persönlicher Bekanntschaft als persönlicher Qualifikation der Kandidaten vollzieht. In alledem, ebenso in der Entfernung des Ministers für mehrere Wochen, wie in den Grundzügen seiner Organisationsmaßnahmen äußert sich nicht nur jener Mangel an heiligem Feuer den wir oben gekennzeichnet haben, sondern ganz allgemein ein gewisser Mangel an Ernst gegenüber den seiner harrenden Aufgaben. Ein Mangel an Ernst in einem Augenblick voll Ernstes . . . Wird vielleicht die internationale Politik in Europa bis zur Rückkehr des Grafen Zamoyski stillstehen? In der Hoffnung auf dies Wunder wünschen wir dem Grafen Zamoyski eine recht glückliche Reise."

Polen, Frankreich und Rußland.

In der „Rzeczpospolita", Nr. 7, schreibt Leon Radziejowski über dieses Thema folgendes:

„Das französisch-tschechische Bündnis, die Bemühungen der Sowjets um die Anerkennung de jure durch die Mächte, besonders durch Frankreich, und überhaupt das An-die-Spitze-Treten der russischen Frage unter den Problemen der Stunde hat im Auslande ein lebhaftes Interesse für das Verhältnis Polens zu Rußland und Betrachtungen über eine neue Kräfteverteilung in Osteuropa hervorgerufen. Ein Teil der deutschen Blätter („Vorwärts", „Germania") will in dem französisch-tschechischen Bündnis das Suchen Frankreichs nach einem Weg zur Verständigung mit Rußland über den Kopf Polens hinweg erblicken. Und sogar geradezu eine Enttäuschung Frankreichs in betreff Polens, das angeblich einem neuen Verbündeten, der Tschechoslowakei, Platz machen soll. Wenn es aber zur Verständigung Frankreichs mit Rußland gelangt, dann muß Polen nach diesen Prophezeiungen in den Hintergrund treten. Denn Rußland ist nicht zu Zugeständnissen an Polen geneigt, und Prag und Belgrad, die die Sowjets anzuerkennen wünschen, verstehen sich nicht dazu, die Ostgrenzen Polens zu garantieren.

Die russische Emigrationspresse, die sich für die Frage des neuen Bündnisses Frankreichs interessiert, geht noch weiter und behandelt die polnisch-russischen Beziehungen nicht nur im gegebenen Augenblick, sondern auch in Zukunft nach dem erhofften Fall der Sowjetregierung. Die in Warschau erscheinende russische Zeitung „Za Swobodu" behauptet, daß Polen sich heute am Scheidewege befindet, und daß dies die Folge des Fehlens eines ausgesprochenen politischen Programms im Verhältnis zu Rußland ist. Das Auskommen aber ohne ein solches Programm, das Leben von Tag zu Tag muß sich im entscheidenden Moment an Polen schwer rächen. „Za Swobodu" verknüpft übrigens mit der Gesamtheit der polnischen Politik im Verhältnis zu Rußland die Frage der rechtgläubigen Minderheiten. Für die russische Rechtspresse gab es niemals einen Zweifel, daß Polen, als es den Frieden von Riga abschloß, verpflichtet war, ausschließlich an ein künftiges Rußland, in dem es keinen Bolschewisten mehr gäbe, zu denken. Das Sowjetblatt „Nakanunie", das in Berlin erscheint und unter anderem zur Informierung der öffentlichen Meinung Europas über Rußland bestimmt ist, gibt sich vollkommen darüber Rechenschaft, daß die Anerkennung der S. S. S. R. durch Frankreich überhaupt nicht so glatt geht, wie es scheinbar aussehen konnte. Es bemüht sich, Polen durch die Perspektive einer sehr großen Machtstellung zu locken, wenn Polen eine Schwenkung in seinem Verhältnis zu Rußland bewerkstelligt, indem es Paris zuvorkommt. Es handelt sich in diesem Fall augenscheinlich nicht mehr um die Anerkennung de jure, sondern um jene Rolle einer Brücke zwischen Deutschland und Rußland, worüber zur Zeit der Anwesenheit des Herrn Kopp in Warschau viel geschrieben und gesprochen wurde. Wenn aber Polen dies nicht tut, werden Moskau und Paris nach Meinung des „Nakanunie" über die künftigen polnisch-russischen Beziehungen entscheiden und Polen wird automatisch eine Größe zweiten Ranges werden. Wenn die Rede von Frankreich ist, so vergißt „Nakanunie" nicht, seine Anerkennung unserer Ostgrenzen zu tadeln, stellt sich also auf den Standpunkt der Emigrantenpresse. Es ist dies eine charakteristische Einzelheit, die davon zeugt, mit welchem guten Glauben die Sowjets gewöhnlich Verträge schließen.

Aber steht wirklich die polnische Politik im Verhältnis zu Rußland ohne jedes Programm da? Befindet sich Polen wirklich gegenüber den neuen Aufgaben im Osten schon am Scheidewege? Gewiß mußten wir in vielen Fällen improvisieren, und vor allem mit der Notwendigkeit des laufenden Tages rechnen. Aber die grundsätzliche Stellung unserer Republik zu Rußland war so sehr wie nur möglich selbständig und diktiert von den Lebensinteressen des polnischen Volkes. Wir machten nicht der russischen Emigration den Hof wie die Tschechen. Aber nach dem Friedensschluß mit den Sowjets wurden wir auch nicht zum Werkzeug in ihrer Hand. Zu unseren Vernachlässigungen gehört zweifellos die allgemeine Informierung Europas über die Art und Weise, wie der Rigaer Traktat durch die Sowjets ausgeführt wird. Es würde dies die Wachsamkeit der Weststaaten noch vermehren und Moskau das Spiel nicht erleichtern, das es augenscheinlich bei Gelegenheit gegen uns anwenden möchte. Rußland jedoch müssen wir grundsätzlich so nehmen, wie es ist, und im Verhältnis zu einem künftigen Rußland fühlen wir uns weder in der Rolle eines Schuldners noch eines Schuldigen. Wenn die Rede von der Zukunft ist, so können jedenfalls, insofern überhaupt **Wirtschaftsbeziehungen** Frankreichs mit Rußland möglich sind,

diese kraft unserer geographischen Lage nicht durch Vermittlung der Tschechen über unsere Köpfe hinweg erfolgen. Die politische Freundschaft von Paris mit den Sowjets aber, die gegen Deutschland gerichtet ist, kann sich überhaupt als ganz phantastisch erweisen.

Und ferner. Das von den Emigranten erträumte neue Rußland ist eine Sphinx, ein unauflösliches Rätsel, und wenn an seine Spitze diejenigen russischen Agitatoren treten, die heute in Berlin und Prag agitieren, dann könnte überhaupt keine Rede von einer Erneuerung der französisch-russischen Freundschaft sein, sondern von einer Aufhebung nicht nur des Rigaer, sondern auch des Versailler Friedensvertrages. Und in der Entwicklung der Gesamtheit der Beziehungen zu Rußland ist die Rolle Polens heute überhaupt gar nicht in den Hintergrund gedrängt, wie das deutschen und russischen Publizisten scheint, die Scharten in der polnisch-französischen Freundschaft sehen und Abneigung gegen Frankreich in Polen anfachen wollen.

(Man kann Herrn Radziejowski zugestehen, daß für die unmittelbare Gegenwart seine Ausführungen zutreffend sind. In der Tat wurden dieser Tage die französisch-russischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag abgebrochen. Aber die politische Entwicklung schreitet schnell vorwärts. Die Versuche zur Anknüpfung der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland werden fortgesetzt werden. Das französisch-tschechische Bündnis wird seine Wirkungen noch zeigen. Die anderen Staaten der Kleinen Entente können ihre Stellungnahme auch noch ändern. D. Schriftl.)

Frankreichs Antwort auf die deutsche Weihnachtsnote.

„Petit Parisien" macht noch einmal nähere Angaben über den französischen und den belgischen Antwortentwurf auf die letzte deutsche Note, über den sonst große Geheimnistuerei in Paris herrscht. Es handle sich in beiden Fällen um recht umfangreiche Dokumente, wobei das belgische sogar noch größer sei als das französische. Beide Dokumente behandelten nach einer kurzen Einleitung eingehend Punkt für Punkt die deutsche Denkschrift. Der allgemeine Geist der Antworten sei der, daß die französische und belgische Antwort die Herstellung eines modus vivendi im Rheinland und im Ruhrgebiet nicht nur für wünschenswert, sondern auch für möglich hielten unter der Voraussetzung, daß die Pfälzische Politik durch diese Verständigung „in keiner Weise beeinträchtigt werde". Hinsichtlich der Aufnahme der Kontrolle der Lizenzen (Aus- und Einfuhrerleichterungen) zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland seien die französische und belgische Regierung in ihrer formellen Ablehnung durchaus einig. Andererseits gestattet das Dokument jede Fortführung der Unterhaltung.

Der erste französische Antwortentwurf soll von dem belgischen Außenminister Jasper sehr scharf kritisiert und infolgedessen von Poincaré umgearbeitet worden sein. Es wurde dann eine Einigung erzielt, daß die Antwortnote vor allem unzweideutig die Bereitwilligkeit zum Beginn von Verhandlungen aussprechen solle.

Zu den Rechbergschen Vorschlägen.

nahm Dr. Sorge, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Echo de Paris" wie folgt Stellung: Sie seien an sich nicht neu und auch von einzelnen Industriellen sowohl deutschen wie namentlich französisch-belgischen, erörtert worden. Längst sei aber auf allen Seiten, auch auf der alliierten, nach näherem Durchdenken der Plan als undurchführbar und unzweckmäßig erkannt worden. Das Verkehrte solcher Gedanken liege ja auch auf der Hand: denn entweder bedeute diese gegenseitige Beteiligung nur eine rein finanzielle Teilnahme an den Gewinnen, und das sei ja schließlich nicht das, was die Verfechter des Gedankens haben wollen, oder sie müsse die Gewinnung eines wesentlichen Einflusses auf die ganze Leitung der industriellen Anlagen bedeuten, was wiederum die Aufgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit wäre. Wollte man aber diesen Eingriff in die wirtschaftliche Selbständigkeit vornehmen, so würde man die Grundlage für die Möglichkeit höchster Leistungsfähigkeit sowohl der deutschen als auch der französischen Industrie jedenfalls gefährden, vielleicht zerstören; denn die Industrien der verschiedenen Länder können im beiderseitigen Interesse wohl Hand in Hand arbeiten; aber es liege in der Natur der Dinge, daß jede selbständig sich den Bedürfnissen des eigenen Landes, auch in der Leitung anpaßt. Der Rechbergsche Plan würde daher nicht zu einem Ausgleich der Differenzen führen, könnte vielmehr leicht zu einem Herd dauernder Beunruhigungen werden.

Arnold Rechberg werde als maßgebender Industrieller von der deutschen Wirtschaft nicht anerkannt. Er sage dies, weil Arnold Rechberg der Bruder eines einflußreichen Industriellen sei, nämlich des Kommerzienrats E. F. Rechberg, mit dem er oft verwechselt werde.

Frankreich, der Völkerbund und die „nationale Verteidigung."

Die Kammer hat am Dienstag ihre ordentliche Session eröffnet. Der Alterspräsident eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er einen dauerhaften Frieden forderte. Er erklärte dabei, daß nach seiner Ansicht der Völkerbund nicht in der Lage sei, ihn praktisch zu sichern. Er verfüge nicht über die genügenden „Sanktionsmittel". Frankreich müsse deshalb die unerläßlichen Opfer für seine nationale Verteidigung bringen. Die Sicherheit des Landes werde aber vor allem durch kinderreiche Familien gewährleistet. Der Alterspräsident betonte weiter die Notwendigkeit einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Kammer ging alsdann zur Wahl des Bureaus über.

Die Kammer wählte Raoul Peret, für den 325 der 355 Abstimmenden stimmten, wiederum zu ihrem Präsidenten.

Der Senat eröffnete ebenfalls am Dienstag nachmittag seine außerordentliche Session. Der Alterspräsident des Senats hielt die übliche Ansprache, in der er u. a. sagte, nach außen hin sei die politische Atmosphäre nicht von Wolken frei. Poincaré habe dadurch, daß er sich mit Entschiedenheit auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages stützte, Deutschland zum zweiten Male besiegt. Im Gegensatz zu dem Kammerpräsidenten glaubt der Alterspräsident des Senats, daß der Völkerbund eines Tages den allgemeinen Frieden sichern werde.

Frankreich richtet sich im Ruhrgebiet ein.

In Essen wird eine französische Volksschule eingerichtet. Sie ist bestimmt für die Kinder von 300 französischen Eisenbahnern, die in diesen Tagen mit Familie in Essen eintreffen. Für diese Volksschule mußte die Stadt Essen ein großes Schulgebäude auf Befehl der Besatzungsbehörden abtreten.

Amerika schützt das mexikanische Petroleum durch Kriegsschiffe.

Paris, 9. Januar. (W. T. B.) Nach einer Meldung der „Chikago Tribune" aus Washington werden die Vereinigten Staaten Kriegsschiffe zum Schutze der amerikanischen Interessen nach Mexiko schicken. Huerta habe die meisten Petroleumfelder in Händen und beabsichtige, Ausfuhrabgaben zu erheben.

Neuyork, 9. Januar. (T. U.) Die Allgemeine mexikanische Petroleumgesellschaft teilt mit, daß die mexikanischen Rebellen ihre Petroleumfelder bei Tierra Blanca besetzt haben. 40 000 Petroleumfässer wurden von ihnen erbeutet.

Um die Politik Macdonalds.

Macdonald über den Völkerbund.

Macdonald sagte in seiner Rede in Alberthall folgendes über seine Stellung zum Völkerbund:

„Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um den Bau des Völkerbundes zu vollenden und ihn rückhaltlos als Hauptinstrument zu verwenden, um die internationale Gerechtigkeit zu sichern und dadurch die Bedingungen für internationalen Frieden zu schaffen. Die dünkelhafte Torheit, sich von der russischen Regierung fernzuhalten, wird beendet werden, nicht aus dem Grunde, weil wir mit dem einverstanden wären, was die russische Regierung getan hat. Das ist nicht unsere Sache. Wir wünschen Handel und Verhandlungen und Regelung von Japan bis nach Irland. Wenn wir gegen die Vorgänge in Afghanistan zu protestieren haben, wie können wir dies tun, wenn wir keine Kanäle für unseren Protest besitzen?"

Kritik der „Times" an Macdonald.

Die bürgerliche Presse Londons drückt starke Zweifel darüber aus, ob sich Macdonald die Einleitung einer neuen Außenpolitik nicht zu leicht vorstellt und den Einfluß humanitärer Mahnungen nicht weit überschätzt. Die „Times" betonen, daß die letzten Wahlen in Frankreich nicht ein Anwachsen des Versöhnungswillens erkennen lassen

Französischer Spott über Macdonalds Rede.

Paris, 9. Januar. Die Rede Ramsay Macdonalds in der Albert Hall wird von den französischen Zeitungen mit einer Ironie verspottet, die überlegen sein soll, aber nicht ganz echt klingt. „Wie jugendlich sind diese Leute von der Arbeiterpartei mit ihren unreifen Ideen", schreibt der „Gaulois". Nach dem „Figaro" hat Ramsay Macdonald ein Programm verkündet, das alle Menschen glücklich machen muß. Er wolle ganz einfach das Paradies auf Erden schaffen. Seine Absicht, alle Brandfackeln auszutreten und aus dem Völkerbund einen Friedenstempel zu machen, sei ausgezeichnet. Er müsse nur noch sagen, wie er sich die Ausführung dieses Planes denke. Wenn er erkläre, „ich will den Frieden," dann wäre es doch interessant, zu erfahren, an welchen Frieden er denken will. Solle etwa Frankreich allein seinen Rechten entsagen? Nichts sei leichter und dankbarer, als eine schöne Programmrede zu halten, die Schwierigkeiten kämen erst dann, wenn die Rede zu Ende sei und das Handeln beginnen soll.

Spaltung in der Partei Macdonalds.

London 10. Januar. (A. W.) Der linke Flügel der Arbeitspartei, die sogen. schottische Gruppe tritt gegen Macdonald auf. Diese Gruppe hat einen eigenen Vorsitzenden gewählt und wünscht vor allem, den Augenblick der Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei hinauszuschieben, um ihr Unpopulärwerden unter den breiten Massen zu verhindern.

England will Deutschlands Not lindern.

„Times" veröffentlichen einen Aufruf zur Linderung der Not in Deutschland, der unterzeichnet ist u. a. von Asquith, Ramsay Macdonald, Lord Parmoor, General Smuts, Arthur Henderson, Sir George Paich, H. G. Wells, Miß Margaret Bondfield, Lady Bonham Carter sowie von zahlreichen Behörden. In dem Aufruf heißt es, die britischen Organisationen hätten aus erster Hand Beweise der allgemeinen Leiden und Entbehrungen der deutschen Bevölkerung. Es könne nicht angenommen werden, daß das britische Volk, was auch immer seine Ansicht über die Ursache dieser Katastrophe sei, unbewegt zuschauen werde, wie Frauen und Kinder sterben. Ein dringender Appell sei mehr als gerechtfertigt, trotz der Not auch in England. An der Verwaltung der infolge dieses Aufrufs einlaufenden Mittel nehmen teil: die Quäkergesellschaft, die Gesellschaft für Versöhnung, der Verein für Linderung der Not in Deutschland und der britische Rat der Weltallianz zur Förderung der Freundschaft durch die Kirchen.

Die Frage der Entschädigungen.

England gegen Sonderverhandlungen.

Informationen offiziöser englischer Stellen wenden sich plötzlich mit aller Entschiedenheit gegen Sonderverhandlungen Frankreichs mit Deutschland. Das deutsch-französische Problem könne auf diese Weise nicht gelöst werden. Sonderverhandlungen seien mit den Interessen der anderen Alliierten nicht vereinbar und widersprächen den Bestimmungen des Friedensvertrags. Diese Schwenkung offiziöser Stellen ist offenbar bereits beeinflußt. Der „Daily Telegraph" betont ausdrücklich, daß das neue Kabinett einen Druck in Paris und Brüssel ausüben wird.

Die Amerikaner für beschleunigte Untersuchung Deutschlands.

Die in Paris eingetroffenen amerikanischen Sachverständigen Dawes und Owen Young veröffentlichen durch Havas eine Erklärung in der es u. a. heißt:

„Die Zeit ist ein wesentliches Element der Lage. Das Komitee, das eingesetzt ist, ist ein geschäftliches Komitee, das sich mit Tatsachen beschäftigt und konstruktive Folgerungen daraus zu ziehen hat. Seine Arbeiten müssen mit möglichster Beschleunigung geführt werden und es müssen ununterbrochen tägliche Sitzungen stattfinden."

Der „Petit Parisien" teilt mit, daß nach Ansicht der Amerikaner der erste Sachverständigenausschuß, der sich mit der Währung und dem deutschen Budget beschäftigen solle, sich evtl. einige Zeit nach Berlin begeben müsse und etwa in einem Monat seine Arbeiten beenden könne.

Die bankerotte Regie.

Nach der Baseler „Nationalzeitung" zeichnen sich die hohen Beamten der französischen Eisenbahnregie im Rheinland und Ruhrgebiet durch Fachunkenntnis und Bureaukratismus aus. Die örtlichen Stellen haben keine Befugnisse, alles wird von der Oberleitung in Mainz aus verfügt. Bereits drei Gesellschaften haben mit der Regie Bankerott gemacht, die vierte hält Poincaré nur dadurch bei der Stange, daß die Verwaltungskosten zu den Besetzungskosten gerechnet werden und daher von der Reichsregierung zu ersetzen seien. Es ist durchgesickert, daß die Ausgaben der Regie nur zu einem Fünftel durch Einnahmen gedeckt sind.

Schaffung einer französischen Devisenzentrale?

Paris, 9. Januar. Der Leitartikel der „Journée Industrielle" tritt angesichts der Spekulation in französischen Franken für die Schaffung einer Devisenzentrale ein, worin er das einzige Mittel sieht, die Bewegung des Franken zu überwachen. Zur Stützung dieser Anregung macht die „Journée Industrielle" zwei Angaben: 1. daß die Zahl der an Wechselgeschäften offiziell am Pariser Markt registrierten Transaktionen zweifellos um mehr als die Hälfte geringer sei als die Ziffer der tatsächlichen Transaktionen, 2. daß maßgebende Wechselmakler die monatlichen Gewinne an Währungstransaktionen in den Pariser Banken und Wechselstuben augenblicklich mit etwa 300 Millionen Franken angeben. „Diese unerhörten Gewinne," schreibt das Blatt, „stellen die Substanz dar, die die Spekulanten täglich den französischen Sparern, Rentenbesitzern, Gehaltsempfängern und Produzenten jeder Art entziehen."

Ausweisung eines Holländers.

Paris, 9. Januar. (T. U.) Der Minister des Innern hat auf Veranlassung des Finanzministers einen Ausweisungsbefehl gegen den Holländer Duyeen, Vertreter einer auswärtigen Bank, unterzeichnet mit der Begründung, daß Duyeen an der Pariser Börse „alarmierende" Bemerkungen über den Frankensturz habe fallen lassen.

Politischer Wirrwarr in Griechenland.

Wie aus Athen mitgeteilt wird, ist der Weg des früheren Ministerpräsidenten Venizelos mit Schwierigkeiten besät. Die Führer der antivenizelistischen Partei wollen sich erst nach der Rückkehr Georgs II. nach Athen zu einer Erörterung der schwebenden Fragen herbeilassen. Andererseits beabsichtigen die Republikaner, das Ergebnis der Volksabstimmung, wenn es zugunsten der Monarchie ausfällt, nicht anzuerkennen. Die royalistischen Blätter betonen, daß die Anwesenheit von Venizelos anstatt zu der Aussöhnung der Parteien beizutragen, lediglich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den rivalisierenden Gruppen verschärfe und eine Annäherung geradezu unmöglich mache. Ein monarchistisches Blatt veröffentlicht auf der ersten Seite die Photographien der griechischen Minister, die von der revolutionären Regierung hingerichtet wurden und fügt hinzu, daß Venizelos die Schuld an ihrem Tode trage. Eine andere Zeitung schildert den früheren Ministerpräsidenten als einen Tyrannen und behauptet, daß der politische Kampf fortdauern werde, so lange Venizelos sich nicht völlig von den Regierungsgeschäften zurückziehe. Oberst Plastiras, der Führer der Militärpartei, hat gestern unter Ehrungen die Hauptstadt verlassen und ist nach seinem Geburtslande Thessalien zurückgekehrt.

Woran sich Venizelos den Magen verdarb.

Athen, 9. Januar. (Pat.) Die Athenische Radiostation bestreitet die Richtigkeit der Meldung einiger Auslandsblätter, daß Venizelos einer Magenvergiftung zum Opfer gefallen sei. In Wirklichkeit handelt es sich nur um eine Magenverstimmung durch Genuß kalten Bieres.

Russisch-afghanisches Bündnis.

Die Moskauer Blätter bringen die Nachricht vom Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Sowjetrußland und Afghanistan. Trotzki bestätigte diese Nachricht und wies darauf hin, daß das Bündnis eine Militärkonvention umfaßt.

Deutsches Reich.

Neue Militärkontrolle.

Die interalliierte Militärkommission hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß am 10. und 12. Januar in einer Reihe von deutschen Städten Kontrollbesuche stattfinden werden. Diese Besuche sollen z. T. auch bei deutschen militärischen Kommandostellen stattfinden. Die Kontrolleure werden in Zivilkleidung erscheinen. Die zur Durchführung dieser Besuche nötigen Maßnahmen sind deutscherseits getroffen worden. Doch wurde von der Reichsregierung erklärt, daß diejenigen Aufgaben, die die Kontrollkommission noch weiterhin in persönliche Berührung mit militärischen Stellen bringen, nunmehr ihrer Auffassung nach als beendet angesehen werden müßten.

Bayern wünscht Aenderung der Reichsverfassung.

Die „Deutsche Zeitung" gibt einen Auszug aus einer Denkschrift wieder, die von der bayerischen Regierung der Reichsregierung unterbreitet wurde, und die eine Änderung der Reichsverfassung in föderalistischem Sinne anstrebt. In dieser Denkschrift wird verlangt, dem Bundesrat diejenigen Rechte wieder zuzuerkennen, die er vor der Revolution hatte, so das Recht einer Kontrolle über die Reichsregierung, besonders auf dem Gebiete der Außenpolitik. Desgleichen soll Art. 48 der Reichsverfassung über die außerordentlichen Vollmachten für den Reichspräsidenten in Bayern keine Geltung haben. Sollte die Erfüllung dieser Forderung nicht möglich sein, dann schlägt die Denkschrift vor, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit den entsprechenden Bundesstaaten zu überlassen. Auch das Recht der Begnadigung soll dem Reichspräsidenten entzogen werden. Auf dem Gebiete der Außenpolitik verlangt die Denkschrift für die Bundesstaaten das Recht, Verträge abschließen zu dürfen, sofern diese den Interessen des Reiches nicht zuwiderlaufen sollten.

Die Denkschrift der bayerischen Regierung hat in Berliner politischen Kreisen tiefen Eindruck gemacht. Die Sozialdemokraten erblicken in diesem Memorial einen Anschlag auf die Weimarer Verfassung und treten in scharfer Weise dagegen auf. Die sozialistische „Münchener Post" ist der Ansicht, daß die Idee der bayerischen Regierung keinerlei Aussicht auf Verwirklichung habe. Die rechtsstehende bayerische Presse solidarisiert sich mit dem Inhalt der Denkschrift, die lediglich eine Änderung in der rechtlichen Auffassung des Verhältnisses der einzelnen Staaten zur Reichsregierung verlange. — Die Sitzung des Reichskabinetts am 7. d. Mts. war der Prüfung der Denkschrift gewidmet.

** **Billiges Bier.** In Gelsenkirchen verkauft ein Wirt das Glas Bier zum Friedenspreise von 10 Pfennig.

** **Verbot einer Akademikerzeitung in München.** Generalstaatskommissar v. Kahr hat das völkische Akademikerorgan „Deutsche akademische Stimmen" in München verboten.

Letzte Meldungen.

Frankreich erhöht den Wechseldiskont.

Paris, 11. Januar. (Pat.) Die Bank von Frankreich hat den Diskontsatz von 5 auf 5½ Prozent erhöht.

Die französische Wahlreform abgelehnt.

Paris, 11. Januar. (Pat.) Die Senatskommission für Wahlreform verwarf die durch die Deputiertenkammer beschlossene neue Wahlordnung.

Stinnes und die Entschädigungen.

Paris, 11. Januar. (Pat.) „Journal des Debats" bringt eine Unterredung mit Stinnes, der die Meinung äußert, daß die Regelung der Entschädigungsfrage einzig bei Lieferungen in natura möglich ist. Damit nimmt er die These an, die auf Abschluß eines Vertrages zwischen der deutschen und der französischen Industrie abzielt.

Die Kontrollkommission des Völkerbundes.

Genf, 11. Januar. (Pat.) Die Kontrollkommission des Völkerbundes trat am Mittwoch zu dem Zweck zusammen, Einzelfragen finanzieller und administrativer Natur zu prüfen.

Auflösung des italienischen Parlamentes.

Rom, 11. Januar. (Pat.) Der König unterzeichnete das Dekret über die Auflösung der Kammer.

Schwierige Kabinettsbildung in Athen.

Athen, 11. Januar. (Pat.) Wegen des feindlichen Standpunktes der liberalen und der konservativen Partei verzichtete Roussos auf die ihm übertragene Kabinettsbildung. Man erwartet, daß der Regent Danglis mit der Regierungsbildung betrauen wird. Sein Kabinett würde sich ausschließlich aus Liberalen und Konservativen unter Teilnahme der Venizelisten zusammensetzen.

Die Verlobung unserer Tochter

Charlotte

mit dem Landwirt, Herrn

Oskar Gebauer

geben hiermit bekannt

Reinhold Jänsch u. Frau
Marie, geb. Fieke.

Kuschlin, im Januar 1924.

Charlotte Jänsch
Oskar Gebauer
Verlobte

Kuschlin, im Januar 1924.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Paul Siegmund u. Frau
Olga, geb. Meyer.

Gleichzeitig danken wir herzlich für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten.

Poznań, den 11. Januar 1924.

Am 9. d. Mts. entschlief nach langem Leiden mein lieber Mann, unser lieber Vater und guter Bruder, Herr

Franz Beyme

im 50. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Augustina Beyme, geb. **Folt** und **Kinder**.

Sachsenhausen (Mark). Barcelona.

Gestern nachmittags ist hochbetagt Herr

Julius Manasse

aus dem Leben geschieden. In ihm verliert unsere Gemeinde ein altingesessenes Mitglied, das ihren Kultuseinrichtungen mehrere Jahrzehnte hindurch als Vorsteher der ehemaligen Alten Betschule und der neuen Synagoge (A) seit deren Errichtung bis in seine letzte Lebenszeit mit vorbildlichem Pflichteifer und unverdrossen seine Kraft und sein förderndes Interesse gewidmet hat.

Ein dankbares Gedenken ist ihm für alle Zeit bei uns gesichert.

Poznań, den 11. Januar 1924.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Am Mittwoch, dem 9. d. Mts. entschlief sanft unsere liebe Mutter u. Großmutter, Frau

Auguste Chone
geb. **Felbel**

im 83. Lebensjahre.

Posen, Konstanz, Frankfurt a. O., Berlin.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag um 3 Uhr von der Leichenhalle des jüd. Friedhofes aus statt.

Donnerstag, mittags 3 Uhr, verschied nach langem schweren Leiden unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater und Schwager

Herr Julius Manasse

im 83. Lebensjahre.

Posen, Gr. Gerberstr. 33.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Dr. med. **Carl Manasse** als Sohn in Guillermo (Argentinien)
Clara Manasse als Tochter.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 13. Januar, nachm. 3½ Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes aus statt.





Montag, den 7. Januar 1924, abends 6¾ Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden in **Berlin**, wo er Heilung suchte, mein einziger lieber Bruder, der

Gutsbesitzer

Wilhelm Busse

im Alter von 32½ Jahren.

Gościejewo, den 10. Januar 1924.

In tiefer Trauer

Fritz Busse.

Die Beerdigung findet nicht, wie gestern gemeldet, am Montag, sondern am **Sonntag** nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause in Gościejewo aus statt.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme aus Anlaß des Hinscheidens meines lieben Mannes sage ich hiermit meinen tiefempfundenen Dank.

Chojnice, den 10. Januar 1924.

Elfriede Delhaes.

Für die liebevolle Teilnahme an meinem großen Schmerz beim Heimgange meines geliebten Gatten, des

Bankbeamten Rudolf Gerlach

sage ich meinen innigsten **Dank** insbesonders der Direktion u. den Angestellten der Bank für Handel u. Gewerbe, Tow. Akc., Poznań, sowie allen Freunden und Bekannten und Herrn Pastor Greulich.

Martha Gerlach, geb. **Fechner.**

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 11. 1., 7½ Uhr: **„Aida".** Oper von Verdi. Gastspiel: M. Som...ki.

Sonnabend, den 12. 1., 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron".** Komische Oper von Strauß.

Sonntag, den 13. 1. 3½ Uhr: **„Hänsel und Gretel".** Märchenoper von Humperdinck. Ermäßigte Preise.

Sonntag, den 13. 1., 7½ Uhr: **„Troubadur".** Oper von Verdi.



Männer-Turn-Verein Posen, T. z.

Am Sonntag, dem 13. Januar, pünktlich 5 Uhr nachm., in den Räumen des Zoologischen Gartens

63. Stiftungsfest

Turnerische Vorführungen. — Theater. — Konzert. — Tanz.
—:— Gäste dürfen durch Mitglieder eingeführt werden. —:—
Karten im Vorverkauf für Mitglieder 800000 M. u. Steuer, für Gäste 1500000 M. und Steuer in der Rehfeldschen Buchhandlung, ul. Kantaka 5.

Schneeschönheit.

Der Winter ist ein harter Mann, das ist wahr. Wir haben es lange nicht so deutlich und handgreiflich erfahren wie in diesem Januar. Und wie viele müssen darunter bitter leiden! So manche recht überflüssige Räume, in denen nur Menschen sich aufhalten können, die mit Millionen um sich werfen, strahlen wohltuende behagliche Wärme. Und in wievielen Stuben und Kammern frieren die Armen und Alten, weil sie die Heizung nicht erschwingen können! Verkehrte Welt! Verstehe sie, wer sie verstehen kann!

Aber wir wollen den Winter nicht nur schelten. Diese Schneemassen in ihrer leuchtenden Reinheit, dünkt mich, sind auch Prediger Gottes und haben ihre Mission an die Menschen. Fordert der Psalmist doch auch sie auf zum Preise Gottes: „Lobet den Herrn auf Erden, Feuer, Hagel, Schnee und Dampf, Sturmwinde, die sein Wort ausrichten (Ps. 148,8), und was hat uns der Schnee zu predigen? Sehet euch um, wie die weißen Flocken die Welt einhüllen. Allen Schmutz, alles Häßliche decken sie liebevoll zu, alle harten Kanten und Spitzen runden sie freundlich ab, über die ganze Erde breiten sie weiße Linnen, so weiß, so rein, wie keine Wäscherin und keine Seife und keine Lauge es fertig brächte ... Da klingt mirs in den Ohren aus dem Liede von der armen Seele vor der himmlischen Tür, wehmütig und doch still jubelnd: ... „Schneeweiß, ja schneeweiß und so weiß, wie der Schnee, so wollen wir miteinander ins Himmelreich gehen". Ja, da klingt es wie ein göttliches Amen: „Ob eure Sünde gleich blutrot wäre, soll sie doch schneeweiß werden."

Das predigt der Schnee; und nun will ich, wenn ich seine leuchtende Reinheit rings um mich sehe, meine Hände falten und den Gott aller Gnade bitten: „Wasche mich, daß ich schneeweiß werde." Schneeschönheit ... o daß meine Seele in sie gekleidet wäre!

D. Blau-Posen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. Januar.

Landwirtschaftliche Versammlungen.

Im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses fanden Donnerstag vormittag von 10 Uhr ab hintereinander zwei landwirtschaftliche Versammlungen statt, deren erste von der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft zur Besprechung der Erfahrungen einberufen worden war, die die bei der „Vesta" gegen Hagel versicherten Landwirte mit der wertbeständigen Zlotyversicherung gemacht hatten. Die zweite Versammlung war eine solche des Kreisbauernvereins Posen.

Den Vorsitz der ersten Versammlung übernahm das Mitglied des Aufsichtsrats der „Vesta", Herr von Saenger. Als erster ergriff Ökonomierat Peschken, als einer der sich geschädigt fühlenden Herren das Wort und stellte fest, daß er mit den anderen Versicherten „wertbeständig" versichert gewesen und hinterher hineingefallen sei. Denn an Stelle der ihm zustehenden Zloty selbst habe er bedeutend niedrigere Werte erhalten und fühle sich dadurch schwer geschädigt, wie er aus seiner Korrespondenz mit der „Vesta" nachzuweisen versuchte. Er hätte statt 500 Millionen polnischer Mark, auf die er Anspruch hatte, nur 100 Millionen Entschädigung erhalten. Das sei also keine wertbeständige Versicherung. Nachträglich habe er aus rein sachlichen Gründen eine kleine Entschädigung aus dem Grunde erhalten, weil die Entschädigung im November an ihn abgegangen sei, er mithin den Novemberkurs erhalten habe; wenn am 31. Oktober die Entschädigung eingezahlt worden sei, dann habe man nur Anspruch auf den Oktoberkurs.

Ein Direktor der „Vesta" nahm zu den Ausführungen des Vorredners mit den einleitenden Worten Stellung, sich einmal in die schwierige Lage der Gesellschaft zu versetzen, die doch auf Gegenseitigkeit beruhe. Die Gesellschaft hatte beschlossen, in Zloty zu versichern. Heute beurteile man die Lage ganz anders als damals, wo dieser Beschluß gefaßt wurde. Leider erscheine in der Generalversammlung kaum jemand, um die Gesellschaft mit Ratschlägen zu unterstützen. Am 20. Oktober gestattete der Minister, daß der Zlotykurs an die Börse kam; damit hatte aber doch niemand gerechnet. Die Schwierigkeiten wuchsen von Tag zu Tag infolge Anwachsens der Getreidepreise. Ein gewisser Ausgleich erfolgte im Laufe der Zeit zwischen den Getreidepreisen und den Zlotybons. Der Zloty ist kein Zahlungsmittel, sondern nur ein Wertmesser. Die Zahlungen nach dem 1. Oktober seien nach dem Kurse erfolgt, wie ihn der Minister angeordnet hatte.

Der Vorsitzende von Saenger ergänzte die Ausführungen des Vorredners in einigen Punkten, um die teilweis berechtigte Beunruhigung der Versicherten zu mildern. Der Zloty galt ursprünglich als relatives Zahlungsmittel. Der „Vesta" war es nicht möglich, sich mit den erforderlichen Zloty einzudecken. Eine weitere Schwierigkeit entstand bei der Aufstellung der Bilanz, für die die Nachschüsse festgesetzt werden mußten. Wäre der Zloty am 20. Oktober nicht an die Börse gekommen, so wäre die Sache glatt verlaufen. Schmerzlich sei es der Gesellschaft, daß einzelne Versicherte tatsächlich durch eine vis major geschädigt worden sind. Für das nächste Jahr müsse eine Vorkehrung getroffen werden, um einer Wiederholung der Schädigung vorzubeugen.

Der Direktor der „Vesta" erklärte hierauf, daß von einem Mitgliede der Produzentenvereinigung ein Prozeß gegen die „Vesta" angestrengt worden sei. Sollte der Prozeß gegen die Gesellschaft ausfallen, so werde diese natürlich auch sich mit den übrigen Geschädigten abfinden müssen. Er bitte, den Ausgang dieses Prozesses abzuwarten.

Ökonomierat Peschken kritisierte es, daß einzelne Versicherte Zlotyentschädigung erhalten hätten, andere nicht. Das halte er für einen Fehler in der Leitung. Das Publikum müsse nach dem gleichen Maße behandelt werden. Da bereits ein Prozeß angestrengt sei, lasse er seinen Plan, einen derartigen Prozeß den Anwesenden vorzuschlagen, fallen. Er wünsche keine Schädigung der „Vesta" und werde auch bei ihr weiter versichert bleiben.

Herr von Saenger schloß darauf die Versammlung mit der Erklärung, daß die Frage, in welcher Form in diesem Jahre die „Vesta" ihre Entschädigungen zahlen werde, noch nicht gelöst sei, sondern noch immer Gegenstand der Beratungen bilde.

Nach einer kurzen Pause wurde die Sitzung des Kreisbauernvereins Posen von dessen Vorsitzenden, Landrat a. D. von Treskow-Owinsk, eröffnet. Diese Versammlung war sehr gut besucht, ein Beweis, welch lebhaftem Interesse die auf der Tagesordnung stehenden Vorträge über „Vermögenssteuer" und über die „Landschaftliche Beleihung" begegneten.

Der Vorsitzende gab seiner Freude über den vollen Saal Ausdruck und wünschte, daß das neue Jahr für alle glücklich sein möchte. Er schlug vor, den Jahresbeitrag auf einen Zloty festzusetzen; in dieser Höhe sollen auch die bisher nicht gezahlten Beiträge gezahlt werden. Die Versammlung setzte hingegen den Beitrag auf 1½ Zloty für Landwirte, ¼ Zloty für Beamte fest. Die sich daran schließende Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder.

Es folgte ein Vortrag des Herrn Steinhoff-Posen über die „Veranlagung des landwirtschaftlichen Betriebes zur Vermögenssteuer". Die Steuer ist eine einmalige Abgabe, die sich auf die Jahre 1924—1926 verteilt. Der Vortragende beantwortete die Frage: Wer ist zur Zahlung der Steuer verpflichtet? Antwort: Physische und juristische Personen, die am 1. Juli 1923 in Polen ihren Wohnsitz gehabt haben. Befreit sind von der Steuer die Personen, deren Vermögen 3000 Goldfranken nicht übersteigt, ferner Arbeiter, Beamtenverbände und Besitzer von Hausgegenständen, deren Wert 5000 Goldfranken nicht übersteigt. Wie ist das Vermögen zu bewerten? Nach dem Werte am 1. Juli 1923. Die Prozentstufen der Steuern steigen progressiv; sie beginnen mit 1,2 Prozent steigend bis 13 Prozent. Das Veranlagungsverfahren kennt die vorläufige und die endgültige Veranlagung. Letztere erfolgt durch besondere Einschätzungskommissionen, auf deren Zusammensetzung die Steuerzahler keinen Einfluß haben. Sie stellen endgültig den Steuersatz fest. Gegen die Einschätzung ist Berufung an die Berufungskommission bei der Finanzkammer möglich; diese entscheidet endgültig. Die vorläufige Einschätzung hat jeder Steuerzahler bis zum 31. Januar d. Js. einzureichen. Auf Grund dieser vorläufigen Einschätzung wird die Steuerrate errechnet, die in sechs Raten zu zahlen ist. Es sind zu unterscheiden für die Einschätzung das Hauptformular und die Unterformulare. Für die Vermögenseinschätzung sind vom Minister besondere Normen festgesetzt. Für die Festsetzung landwirtschaftlicher Werte sind besondere Wirtschaftsbezirke eingerichtet. Weiter gibt es besondere Bodenklassen, die sich nach der Qualität des Bodens zergliedern. An diese Klasseneinteilung hat man sich streng zu halten. Für Acker gibt es 7, für Wiesen 5, für Weiden 4 Bodenklassen. Der Wert der Gebäude und des Inventars wird einfach in der Weise festgesetzt, daß je 10 Prozent zu dem Bodenwert hinzugeschlagen werden. Für die Festsetzung des Vermögenswertes ist die Entfernung von der nächsten Eisenbahnstation und die Entfernung von Städten bedeutsam. Abziehbar vom Vermögen sind Schulden und Lasten, wie Hypotheken, Ausgedinge usw. Verpachtete Wirtschaften sind im Gesetze nicht erwähnt. Vermutlich wird der Eigentümer diese Wirtschaften zu versteuern haben. Wie sind Hypotheken abzuziehen und mit welchem Multiplikator zu bewerten? Die Aufwertung mit 100 ist nicht ins Gewicht fallend, und die Goldaufwertung wird die Behörde nicht zulassen. Die Goldaufwertung der Rente empfiehlt sich nicht.

In der Aussprache über den Vortrag erörterte man zunächst die Frage, wie man die Bonitierung der einzelnen Bodenklassen vornehmen soll, ob nach dem alten Grundkataster aus dem Jahre 1867 oder nach der Landschaftlichen Taxe. Die überwiegende Anzahl der Anwesenden entschied sich für die Katastergrundlage. Weiter wurden besprochen die Fragen der Veranlagung der Brennereien, die besonders bewertet werden müssen, der verpachteten Gastwirtschaften, Mühlen, der Hypotheken (Einsetzung der „Landschaften" usw.), der Renten, der Aufbringung der Steuern, deren beide erste Raten, dem Vernehmen nach, bereits bis zum 15. Februar d. Js. gezahlt werden müssen, usw.

Nach der sehr ausgedehnten Aussprache folgte ein Vortrag des Frhrn. von Massenbach-Konin über die „Landschaftliche Beleihung". Der große Umschwung der politischen und finanziellen Verhältnisse habe, so führte der Vortragende kurz aus, auch die Posener Landschaft getroffen und diese zu besonderen Maßnahmen veranlaßt. Eine dieser Maßnahmen sei die Kündigung der alten deutschen Pfandbriefe und dafür die Ausgabe neuer polnischer Pfandbriefe. Die Landschaft werde jetzt alle Hypotheken aus deutscher Zeit umschreiben. Als Zusatzdarlehen würden Roggen- und Dollarrentenbriefe herausgegeben, die im Grundbuche in Rubrik II eingetragen werden. Die Roggenpfandbriefe, die mit 6 Prozent zu verzinsen sind, zu denen noch 1 Prozent Verwaltungsgebühren kommen, sind nach 10 Jahren zurückzugeben. Die Dollarrentenbriefe sind teurer, kommen aber wohl weniger in Frage. Ausscheiden aus der Landschaft kann keiner; es muß jeder das neue Darlehen annehmen.

An die Ausführungen schloß sich eine längere Aussprache. hb.

Die Fleischpreise haben infolge der letzten Maßnahmen des Starostwo Grodzkie eine Verbilligung erfahren, und zwar fiel Speck von 2 600 000 auf 2 200 000 Mk., Schweinefleisch von 2 200 000 1 800 000 Mk., Rindfleisch ist um 200 000 Mk. im Preis heruntergegangen und beträgt jetzt 2 200 000 Mk. in bester Sorte. Man darf allerdings fragen, wie lange werden die Preise so „billig" bleiben?

Das Antialkoholgesetz. Das Starostwo Grodzkie bittet uns, folgendes mitzuteilen: Ein großer Teil der Gastwirte und Kaufleute ist der irrigen Meinung, daß das Antialkoholgesetz nicht gelte oder einstweilen aufgehoben sei. Das Gesetz vom 23. April 1920 über die Einschränkungen im Verkauf alkoholischer Getränke gilt weiter in seiner ganzen Ausdehnung. Das Verbot des Ausschanks von alkoholischen Getränken, die mehr als 2½ Prozent Alkohol enthalten, an Feiertagen und von 3 Uhr nachmittags an den Vortagen ist genau innezuhalten. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft. Überdies kann die Zurückziehung der Konzession für den weiteren Verkauf bzw. Ausschank von geistigen Getränken angeordnet werden.

Eisenbahnverkehr. Die Eisenbahndirektion teilt mit, daß vom 9. d. Mts. ab vorübergehend der Verkehr der Schnellzüge Nr. 501 und 502 auf der Strecke Warschau—Skalmierzyce—Posen—Bentschen eingestellt worden ist.

Der neue Zuckerpreis. Der Oberste Rat der polnischen Zuckerindustrie hat für die zweite Dekade des laufenden Monats den Preis für Weißkristallzucker auf 64,98 Schweizer Franken für 100 Kilo ohne Akzise und Transportkosten Parität Posen festgesetzt. Der Preis für Raffinade beträgt 45 Prozent mehr.

X **Zweierlei Auslandsporto.** Ein Auslandsbrief kostet bekanntlich nach dem neuen Posttarif 400 000 Mk., bei allen Postämtern, abgesehen von dem Hauptpostamt in der ul. Pocztowa (fr. Friedrichstraße), bei dem gestern ein Anschlag angeheftet war, nach dem ein gewöhnlicher Auslandsbrief 975 000 M. kosten sollte. Auf Einwendungen des Publikums an den Postschaltern gegen die Richtigkeit dieses ungewöhnlich hohen Portos, bei denen man sich auf den von uns veröffentlichten amtlichen Tarif bezog, erhielten die Leute die Antwort, was in der Zeitung stehe, ginge das Postamt nichts an, die Zeitung müsse falsch informiert sein. Da unser Tarif aber dem postalischen Amtsblatt entnommen war, wandten wir uns heut mit der Bitte um Auskunft an die Oberpostdirektion und erhielten dort die Mitteilung, daß nicht wir falsch informiert gewesen sind, sondern daß das Postamt den Tarif falsch ausgelegt habe. Das Postamt ist über seinen Irrtum aufgeklärt worden. Es bleibt mithin dabei, daß ein gewöhnlicher Auslandsbrief gegenwärtig überall „nur" 400 000 Mk. kostet. Es erhebt sich nur die eine Frage, wer entschädigt die Absender der Auslandsbriefe, die um 575 000 M. zu hoch mit Porto belastet waren?

X **Verurteilung eines jugendlichen Muttermörders.** Vor der verstärkten Strafkammer hatte sich gestern der 16jährige Stefan Sprucinski von hier wegen Muttermordes zu verantworten, den er am 17. Oktober v. Js. nachts an seiner Mutter, der Witwe Marianna Spr. in deren Wohnung, ul. Podgórna 7 (fr. Hindenburgstr.) durch Axthiebe begangen hatte, um sich in den Besitz von Geld und Wertsachen seiner Mutter zu setzen und dann zu flüchten. Ursprünglich hatte er die Absicht, auch seine 22jährige Schwester zu ermorden; zur Ausführung dieses Planes fehlte es ihm jedoch an Mut. Der Angeklagte gab seinerzeit bei der sofort

---

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger.

(40. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Cantelli, Sie stehen in dem dringenden Verdacht, in Männerkleidung einer Garderobefrau des Kurtheaters Morphium beigebracht zu haben —"

„Sie sind ja verrückt!" schrie die Cantelli auf. — „Jedenfalls nicht so verrückt, daß mich Ihr zweckloses Leugnen im geringsten aus dem Konzept bringen knönte. Diese Hoffnung müssen Sie aufgeben! Das könnten Sie endlich gemerkt haben. — Sie werden morgen früh in Männerkleidung dieser Garderobefrau gegenübergestellt werden!"

„Das lasse ich mir nicht bieten!" — „Sie werden sich noch ganz andere Dinge bieten lassen müssen! Warten Sie nur mal, bis Sie vor Gericht stehen! Da werden Sie noch mäuschenklein werden! — Schutzmann, führen Sie die Person ab! Oder haben Sie sonst noch etwas zu Protokoll zu geben?" — „Ich habe übermorgen mein Engagement im Berliner „Wintergarten" anzutreten. Wenn ich nicht rechtzeitig dort bin, werde ich die Polizei für alles verantwortlich machen." — „Sonst haben Sie keine Schmerzen? — Adieu! Und Schutzmann, mir ein Auto!"

Unmittelbar nach dem Verhör fuhr Funke zum Bürgermeister. Man hatte in der Wohnung der Cantelli einen allerliebsten Brief des Bürgermeisters gefunden. Ein zärtliches Billettdoux.

„Herrlich, so was!" dachte der Assessor. „Mich hat man seinerzeit wegen so einer Geschichte aus der Hauptstadt in dieses elende Nest versetzt, und hier techtelmechtelt kein Geringerer als das würdevolle Stadtoberhaupt mit einer langgesuchten Hochstaplerin! Ja, Bauer, das ist natürlich was ganz anderes ... Kein Wunder, daß das Frauenzimmer so frech auftritt, wenn sie sich so hoher Protektion sicher weiß. Nur erstaunlich, daß sie den Trumpf nicht gleich bei ihrer ersten Vernehmung ausspielte. Aber wahrscheinlich hebt sie sich das als Pointe für den Gerichtssaal auf. Eine ganz raffinierte Person! — Na, Sie können sich freuen, Herr Bürgermeister! Gratuliere zu der Blamage! Gibt wieder was für die Witzblätter!"

Er haßte ihn. Damals, nach der unglücklichen Lohengrin-Vorstellung, hatte der Bürgermeister im Verein mit dem Kurdirektor den Polizeipräsidenten gegen ihn scharf gemacht: „Dieser Funke macht unser Bad unmöglich, die Stadt wird zum Gespött Europas!" Und der Polizeipräsident hat ihn abgekanzelt wie einen dummen Jungen.

Köstlich, köstlich, nachweisen zu können, daß das um Breckendorfs Ruf so besorgte Bürgermeisterlein zu der Urheberin des ganzen Lohengrin-Skandals in intimen Beziehungen stand! Und erst gestern hatte der Bürgermeister ihm wieder einen Strich durch die Rechnung gemacht. Funke hatte eine scharfe Bahnhofskontrolle über alle abfahrenden Reisenden eingeführt, um Meier III, mochte er sich verkleiden, wie er wollte, abzufangen. Aber schon die ersten kontrollierten Kurgäste hatten sich tief empört beim Stadtpapa beschwert. Der war wieder einmal zum Polizeipräsidenten gelaufen, und die Anordnung wurde über Funkes Kopf hinweg aufgehoben. Das sollte er ihm büßen!

Übrigens reisten in Anbetracht der bevorstehenden Flugschau nur wenige Gäste ab. Die Wagen erster und zweiter Klasse wären beinahe leer gefahren, hätte nicht das Gefolge des Maharadscha sie benützt. Der Fürst ließ seine Dienerschaft, wie er es gewohnt war, mit dem umfangreichen Gepäck vorausfahren, auf daß er bei seiner Ankunft mit den beiden Leibdienern die künftigen Wohnräume im indischen Geschmack ausgestattet und mit genügendem Kognakvorrat versehen vorfände.

Die Unterredung mit dem Bürgermeister verlief anders, als der Assessor sich ausgemalt hatte. Der nach oben so katzenbucklig veranlagte Streber lachte ihm glatt ins Gesicht: „Ich bin Witwer und kann in dieser Beziehung tun, was ich mag! Meinetwegen legen Sie den Brief ruhig zu den Akten. Ganz, wie es Ihnen Spaß macht. Aber das eine sage ich Ihnen im voraus: werde ich vor Gericht als Zeuge vernommen, so richte ich an Sie die Frage, wieso Sie dazu kamen, in dieser schwebenden Angelegenheit mir als Zeugen einen Privatbesuch abzustatten. Ich betrachte diesen Besuch als einen Versuch, auf meine Person zugunsten Ihrer Karriere einen erpresserischen Druck auszuüben! — Und das werde ich auch dem Gericht sagen, — wenn ich als Zeuge vernommen werden sollte. Aber ich glaube nicht recht daran, daß man mich bemühen wird. Eher glaube ich, daß Sie diesen unwesentlichen Brief sachte und geräuschlos verschwinden lassen werden! Guten Abend, Herr Assessor!"

Auch die Gegenüberstellung der Garderobefrau mit der Verhafteten verlief recht unerquicklich. Die Cantelli hatte sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, den hellen Sommeranzug, den Ingenieur Martin in seinem Kleiderschrank hinterlassen hatte, anzuziehen. Erst auf das heuchlerische Zureden einer eigens dazu angelernten Gefängniswärterin, gerade diese Maskerade werde ihre Schuldlosigkeit klarstellen, hatte sie sich unter Tränen dazu verstanden. Sie sah in Männerkleidung einfach unmöglich aus; es war völlig ausgeschlossen, daß sie sich in dieser Vermummung auf der Straße hatte sehen lassen können.

Die Garderobefrau lachte denn auch hell hinaus, als man ihr die also hergerichtete Adele Cantelli mit der Frage gegenüberstellte, ob dies der Herr sei, der ihr den Hund Ajax zur Aufbewahrung übergeben habe. Dann aber schimpfte sie, es sei ein Unfug, sie wegen solcher Narrenspossen auf die Polizei zu bestellen, und sie verlangte zwanzig Mark für den entgangenen Vormittagsverdienst.

(Fortsetzung folgt.)

erfolgten Verhaftung an, daß der Urheber des Mordplanes sein Freund Stefan Bohn gewesen sei, der sich deshalb wegen Beihilfe zum Morde zu verantworten hatte. Das Urteil lautete nach 7½stündiger Verhandlung gegen Sprucinski auf neun Jahre Gefängnis; Bohn wurde freigesprochen.

Männer-Turn-Verein Posen Tow. zap. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß am Sonntag der M.-T.-V. P. sein 63. Stiftungsfest begeht. Die Winterfeste des Vereins erfreuten sich stets großen Zuspruchs. Auch diesmal ist mit einem guten Besuche zu rechnen. Es empfiehlt sich daher, Eintrittskarten möglichst im Vorverkauf lösen zu wollen. Die Vorführungen beginnen pünktlich 5 Uhr nachmittags. (Näheres siehe Anzeige.)

Die erste **Generalversammlung des Brieftaubenzüchtervereins „Wesoła Nowina"** Poznań-Jeżyce findet am Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Kasperek, ul. Kraszewskiego 16 (fr. Hedwigstr.) statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Eintritt in den Zentralverband H. G. P. mit dem Sitz in Kattowitz.

Große Zuchtviehauktion in Danzig. Die 104. Auktion der Danziger Herdbuchgesellschaft (Alte Westpreußische) in Danzig, die am Mittwoch, dem 23. d. Mts., und **Donnerstag, dem 24. d. Mts.,** vorm. 9 Uhr in Danzig-Langfuhr, Husarenkaserne I, stattfindet, weist eine äußerst starke Beschickung auf. **Es kommen 70** sprungfähige Bullen, 160 hochtragende Kühe und etwa 200 **hochtragende** Färsen aus den Herdbuchzuchten im Gebiet der **Freien Stadt Danzig** zum Verkauf. Die Ausfuhr nach **Polen ist unbeschränkt. Zoll-, Grenz- und Paß**schwierigkeiten **bestehen nicht. Verzeichnisse versendet kostenlos** die Geschäftsstelle, Danzig, Sandgrube 21.

✕ Eine ganze **Familie dem Erstickungstode entgangen.** In die Not der Gegenwart leuchtet ein Vorgang grell hinein, der beinahe mit dem Erstickungstode einer **Frau mit ihren acht** Kindern geendet hätte. In der ul. Zupańskiego 20 (fr. Hohenlohestraße) im Keller wohnt eine Arbeiterwitwe **Sporny,** deren Mann kurz vor Neujahr gestorben ist, mit ihren 8 unmündigen Kindern, deren jüngstes etwa 1 Jahr alt ist. Die Familie lebt seit dem Tode des Ernährers in größter Not. Da der im Keller befindliche Ofen nicht heizt, hatte die Frau, um den elenden Wohnraum wenigstens etwas zu erwärmen, auf einer Schippe Kohlen angezündet, deren Giftdünste die ganze Familie besinnungslos machten. Glücklicherweise wurde der Vorgang von Mitbewohnern des Hauses noch rechtzeitig bemerkt und die Polizei benachrichtigt, die wieder die Feuerwehr alarmierte. Bei ihrem Eintreffen befand sich die ganze Familie infolge Hilfeleistung eines Arztes wieder bei Besinnung und außer Lebensgefahr.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 5 Dirnen, eine Person wegen Unterschlagung, 3 Diebe, 3 Betrunkene.

Worte zur Altershilfe.

Es gibt manche Unterschiede zwischen Mensch und **Tier.** Einer ist bisher unbeachtet geblieben: **Kein Tier sorgt für seine Alten,** der Mensch tut es. Denn wo das nicht geschieht, bei manchen halbwilden Stämmen, da ist das nicht etwa Urzustand, sondern Entartung, sittlicher Niedergang bei gleichzeitigem kulturellen Aufschwung. Was uns vorher selbstverständliche Pflicht war, wird uns jetzt durch die allgemeine Knappheit in Frage gestellt und wir stehen am Scheidewege: wozu wollen wir die kommende Menschheit erziehen? Zu schlauen Bestien oder zu harmonisch durchgebildeten Gotteskindern? Zu Anbetern des Praktischen und Nützlichen, und darum fort mit den Ueberflüssigen! Oder zu Menschen, die fähig sind, für andere zu leben, hehre Leitbilder zu haben, das eigene Selbst nicht zu achten und gerade darin das eigene Selbst edler und schöner wieder zu gewinnen? Wie wir uns jetzt gegen die Alten benehmen werden, davon hängt nicht allein das Los der Absterbenden ab, danach wird sich auch der Geist des heranwachsenden Geschlechtes gestalten. Wer die Alten nicht schützt und stützt, nährt und wärmt, der versündigt sich an seinen Kindern, der vergiftet den Geist der Jugend, der verdirbt die Zukunftsmenschheit!

Arthur **Rhode,** Superintendent.

Geldspenden nehmen alle deutsche Banken, Lebensmittel das Bureau der Altershilfe, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring), entgegen.

✕ **Ergänzung eines Berichts.** In der letzten Sonnabendausgabe berichteten wir davon, daß ein aus der Gegend von Lodz hier zugereister Kaufmann einem Jungen ein Paket mit Schuhen im Werte von 95 Millionen zur Besorgung nach der ul. Żydowska (fr. Judenstraße) übergeben hatte und hinterher den Verlust seines Pakets bedauern mußte. Hierzu ist ergänzend zu bemerken, daß der Kaufmann den Jungen begleitete, in der ul. Wroniecka (fr. Wronker Straße) aber von zwei bekannten Judenfeinden überfallen und übel zugerichtet wurde. Diese Gelegenheit benutzte der Bengel, um mit dem Paket zu verschwinden.

✕ **Auf den alten Leim gegangen** ist gestern wieder einmal eine Jersitzer Familie. Ihr wurden von einem berufsmäßigen Kohlenschwindler Kohlen zum Preise von 3 250 000 Mk. der Ztr. zum Kauf angeboten. Auf diesen „ungewöhnlich billigen" Preis — heut zahlt man für den Ztr. bereits über 5 Millionen — ging die Familie nur zu willig ein und trauert jetzt der von ihr in Höhe von 80 Millionen Mark geleisteten Anzahlung nach.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einem Stalle Przepadek 2 eine Ziege im Werte von 77 Millionen Mark; aus einer unverschlossenen Wohnung am Stary Rynek 48 (fr. Alter Markt) 4 Stühle, 1 Bild und 1 Schlitten im Werte von 100 Millionen Mark; von einer vor dem Hause Wolnica 7 (fr. Wronker Platz) haltenden Droschke ein Koffer mit Wäsche und 3 Paar Stiefeln im Werte von 200 Millionen Mark; aus einem Taubenschlage ul. Żórawia 15/17 11 Tauben (Danziger und Stralsunder) im Werte von 67 Millionen Mark; aus der ul. Głogowska 102 (fr. Glogauer Straße) 1½ Meter Rohr im Werte von 20 Millionen Mk.

* **Inowrocław,** 9. Januar. Vor einigen Tagen erlitt der Schauspieler **Proniewicz** in seiner Wohnung eine schwere Kohlengasvergiftung, die dadurch entstand, daß er auf glühende Kohlen, die aus dem Ofen gefallen waren, Wasser goß und sich darauf ins Bett legte, nicht achtend darauf, daß den Kohlen das giftige Gas entströmte. Bis jetzt hat der Verunglückte noch nicht sein Bewußtsein wiedererlangt. Sein Zustand ist bedenklich.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. im geheizten Konfirmandensaal. Greulich. — 11: Kgd. Ders.

Luisenhain. Sonntag, 3: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschluß-Gottesdienst fällt aus. — Sonntag, 10: Gottesd. Haenisch. — 11½: Kgd. Ders. — Mittwoch, 6: Bibelbesprechung. Ders. — Amtswoche: Derselbe.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. Stuhlmann. — 11¾: Kgd. Ders. — Mittwoch, 6: Bibelstunde. D. Staemmler. — Amtswoche: Ders.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früh. Gartenstr.) Sonntag, 9¾: Predigtgd. Hoffmann. — 11¼: Kindergd. Derselbe. — Montag, 4: Kirchlich. Religionsunterricht. — Donnerstag, 5: Zusammenkunft des letzten Konfirmandenjahrgangs (Vereinszimmer). Vortrag: Besteht ein Gegensatz zwischen Christentum und Naturwissenschaft? Hoffmann. — Freitag, 8: Kirchenchor (für sämtliche Stimmen).

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Predigt. Büchner. — 12: Kgd. Ders.

Christuskirche. Sonntag, 10: Hauptgd. im Gemeindesaale. Rhode. — Danach Kgd. — Mittwoch, 6: Bibelstunde. — Donnerstag, 8: Statt des Frauenhilfsnachmittages Frauen-Evangelisationsabend im kleinen Saale des Vereinshauses.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 10: Gd. im geheizten Konf.-Saale. Kand. Jobst. — 11½: Kgd. — Montag, 5: Frauenversammlung. — Mittwoch, 7: Jungmädchenkreis. — Freitag, 8: Bibelstunde.

Gassenheim. Sonntag, 10: Gd. — 11½: Sitzung.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, freies Beisammensein. — Montag, 8: Blasen. — Dienstag, 8: Turnen. — Mittwoch, 7: Besprechungsabend. — 8½: Bibelstunde. — Donnerstag, 8: Blasen. — Freitag, 8: Turnen.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgottesdienst. Sarowy. — Sonntag, 10: Gd. Ders.

Christliche Gemeinschaft. (im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki 42). Sonntag, 5½: Jugendbundstunde für E. C. — 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechungsstunde. — Jedermann herzlich eingeladen.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Predigt. Lück. — 11½: Sonntagsschule. — 2½: poln. Gottesdienst. — 4½: Predigt. Drews. — 6: Jugendverein. — Mittwoch, 7: Gebetstunde.

Unterhaltungsbeilage des Posener Tageblattes.

Sprüche.

Von Johannes Schlaf.

(Nachdruck verboten.)

1.

Regensturz, Orkan, Dammbruch —
Das ist viel, doch nicht genug.
Doch Trost von außen, Stärke in dir ist,
Wenn du vernimmst, wie des Gottes Atmen ist,
Wenn du vernimmst, wie das große Stille ist.

2.

Schließlich hat alles, sei's was es sei, etwas
Tröstliches —
Und das ist sogar seine eigentlichste Wirkung —
Denn Wunders! es ist doch da,
Ist bei einem.

3.

Wenn ich frei stehe,
Mag mancher Fetzen an mir runterhängen —
Aber ich stehe frei.

4.

Das Uebersteigliche fühlend wollen:
So faßt du das Mögliche richtig;
Und das ist viel, viel.

Marzipan.

Von Rudolf Busch.

(Nachdruck verboten.)

Frau Else seufzte tief auf. Frauen seufzen immer tief, wenn ihnen in ihren kleinen Nöten nichts Gescheiteres einfällt. Die Seufzer der Frau Else aber waren berechtigt, denn sie galten den standesamtlich bestätigten Gefährten ihrer verschiedenen Tageszeiten, dem Herrn Karl Meister. Beseufzter Herr Karl wäre wirklich ein ganz idealer Gatte gewesen, wenn — ja, wenn — —. Nun finden Ehefrauen am Wesen ihres eigenen Ehemannes ja immer viele „Wenns und Abers". Wer das Gegenteil behauptet, ist ein Lügner oder unverheiratet. Doch Karlchen, so hörte er sich gerne nennen, hatte einen Fehler an sich, der sogar eine Frau, die doch, wie so viele Dichter singen, zu den engelartigen Geschöpfen gehört, aufseufzen lassen konnte. Es gab nämlich kein Ding auf keinem Gebiete, das unser Karl nicht bekrittelte, weil er es schon viel besser gemacht habe und daher auch jetzt wieder besser machen würde als die Stümper in dem gerade vorliegenden Falle. Alles wußte, alles konnte er besser. Dieser Eigenschaft verdankte der gute Karl vor allen Dingen das große Glück, daß er erst im 45. Lebensjahre seiner Freiheit beraubt wurde. Acht Bräute und besonders die dazu gehörigen Schwiegermütter hatten nicht vermocht, den Stein des Anstoßes, den ihnen das Schicksal in der Person des überschlauen Karlchens in den Lebensweg geschibbelt hatte, zu überwinden. Kein Wunder. Nenne einer die Frau, welche es auf die Dauer erträgt, daß ein anderer Mensch etwas besser wissen will als sie; zumal wenn dieser andere Mensch nur ein Mann und sie eine Schwiegermutter ist. Eine solche Schwiegermutter gibt es nicht; und wenn sie doch leben sollte, dann ist es keine Schwiegermutter. Fräulein Else war über diesen großen Fehler ihres damaligen Verehrers wohl unterrichtet, denn dafür hatten schon die guten Freundinnen Sorge getragen. Aber trotzdem hielt sie gleich allen Mädchen in voller Würdigung der winkenden Namenänderung dies große Übel für das kleinere. Froh und heiter schleppte sie ihr Opfer an den Ort, der wirklich für viele Männer keine freundliche Erinnerung ist. Sie vertraute eben auf die schon so oft bewiesene Tatsache, daß, solange man den Unterschied der Geschlechter kennt, es den schwachen Frauen immer gelungen ist, die sich stark fühlenden Männer ganz gehörig einzuseifen. Ganze Völker lenkte doch schon der Wille, oft auch nur der Eigenwille einer einzigen Frau. Und da sollte es ihr, der geborenen Ritznadel, nicht gelingen, einen einzigen Mann von dem Dünkel seiner eingebildeten Gottähnlichkeit zu heilen? Lächerlich, daran zu zweifeln.

Zwei Jahre schon hieß Fräulein Ritznadel Frau Meister. Und immer noch nicht konnte weibliche Verschlagenheit über männliche Charakterstärke triumphieren. Männer sind entsetzlich charakterfest der eigenen Frau gegenüber. Frau Else wollte schier verzweifeln. So schwer hatte sie sich den Kampf doch nicht vorgestellt. Alles wußte der überschlaue Karl besser. Dies Gebaren ging ihr stark an die Nerven. Das bevorstehende Weihnachtsfest konnte bei ihr gar keine Vorfreude erwecken. Sie wußte schon im voraus, am heiligen Abend hatte ihr Karl doch wieder sehr viel auszusetzen. Darum seufzte sie tief. Das schönste Weihnachtsgeschenk wäre für sie gewesen, wenn sie ihrem Karlchen die Überschlauheit abgewöhnt hätte. Tausendmal schöner als die ihr von Karl in Aussicht gestellte Weihnachtsgans. Um sich von den sie quälenden Gedanken zu befreien, blätterte sie in ihrer Frauenzeitung. Dann wandte sie sich zu dem auf dem Sofa liegenden Karl und sprach:

„Sag, Schatz, soll ich uns einmal Marzipan machen? Hier in meiner Zeitung steht ein sehr schönes Rezept. Höre, bitte, einmal zu: „Man wasche ½ Kg. süße Mandeln so lange in Wasser, bis es klar abläuft, reibe die Mandeln dann trocken, stoße sie mit etwas Rosenwasser sehr fein, vermische sie mit ½ Kg. Puderzucker, 2 Gr. Nelken 4 Gr. Muskatblume, 8 Gr. Zimt, 16 Gr. Zitronenschale, menge alles gut durcheinander und rühre die Masse über gelindem Feuer, bis sie sich vom Gefäße löst. Nach dem Abkühlen wird die Masse auf einem mit Zucker bestreuten Brett in Stangen gerollt, und das Marzipan ist fertig."

Ein wildes, höhnisches Lächeln war die Antwort auf diese Vorlesung.

„Nein, es ist doch nicht zu glauben," wieherte Karlchen, „was in den Modeschriften häufig für ein Unsinn steht. Das Rezept soll Marzipan geben? Weißt Du, was der Fehler ist? Nicht wenig, sondern viel Rosenwasser benötigt man zu der Mischung, und dann nimmt man 2 Kg. Puderzucker auf ⅛ Kg. Mandeln. Beschaffe mir das Material, und ich will Dir ein wirklich schmackhaftes Marzipan bereiten, ein Marzipan von aromatischem Geschmack. Doch was rede ich viel von Geschmack; das ist doch etwas, was Euch Frauen völlig fehlt!"

„Stimmt," entgegnete Frau Else, „denn sonst würde mancher Mann nicht geheiratet werden." Dann ging sie in die nächste Drogerie, um die im Rezept vorgeschriebenen Bestandteile in der von Karl gewünschten Menge zu holen. Nach ihrer Rückkehr begann Karl, der unübertreffliche Zuckerbäcker, das süße Werk.

Endlich lagen die Stangen fertig da. Alle Wohlgerüche Arabiens strömten von ihnen aus. Karlchen verdrehte verzückt die Augen. Frau Else schien sich zu schämen über den neuesten Triumph männlicher Überlegenheit. Karlchen konnte nicht erwarten, bis die Stangen ganz kühl und fest waren. Ein Siegesgefühl überkam ihn. Was war doch eine Frau gegen ihn! Eine Null. Strahlend nahm er ein Stück Marzipan zur Hand, schloß selig die Augen, biß herzhaft zu, bis — es krachte, und er schrie, weil sein letzter eigener Zahn der Vergangenheit angehörte.

„Oh," machte Frau Else und ließ vor Schreck, oder tat sie nur so, ihre Stange auf den Teller fallen, so daß dieser einen Sprung bekam. Hart wie Stein war Karlchens Marzipan. Tief bestürzt mußte dies der Fabrikant selbst feststellen. Viel mehr als der Verlust des Zahnes schmerzte ihn die aufdämmernde Erkenntnis, daß er sich eine gewaltige Blöße gegeben hatte. Frau Else beobachtete still die Miene ihres Mannes. Ein Leuchten stieg in ihre Augen. Sie fühlte, ihr heißester Weihnachtswunsch ging in Erfüllung. Karlchen stieg vom Piedestal seines Allesbesserwissens herab. Und warum? Weil eben die Frauen doch schlauer sind als die dummen Männer, denn sonst hätte der nun eingewickelte Karl es merken müssen, daß er statt Puderzucker — Alabastergips zu Marzipan verarbeitet hatte.

Der reiche Mann.

Eine Geschichte aus dem Lande oh... Währung.

Von Curt Seibert.

(Nachdruck verboten.)

Sebastian war ein reicher Mann, denn er besaß einen Wald so groß von hier bis übermorgen. Als er ihn verkaufte, bekam er eine derartige Menge Geldes dafür, daß er es in einem Sack nach Hause tragen mußte. Der Sack erregte das Erstaunen und den Neid aller Nachbarn. Nach einiger Zeit wollte er wieder etwas anderes kaufen, und da er nun mal am Holz hing, beschloß er, auch dabei zu bleiben. Er erschrak natürlich nicht schlecht, als man ihm für seinen Sack Waldgeld nur mehr ein kleines Gehölz anbot, und konnte nicht begreifen, wodurch er auf einmal so viel ärmer geworden sein sollte. Um so erstaunter war er daher, als ihm eines Tages jemand eine viel höhere Summe Geldes bot, als er für seinen Wald bekommen, ja, als er je besessen hatte. Natürlich schlug er sofort zu. Diesmal mußte er einen riesigen Leiterwagen anspannen, um sein Geld nach Hause zu fahren. Dort packte er sämtliche Stuben voll und wohnte in der Küche. Nun wollte er natürlich wieder einen Wald erstehen und bekam zu seinem größten Entsetzen für sein ganzes Gehölzgeld nur einen Baum. Er fiel beinahe in Ohnmacht, als er ihn sah, einen dürren verwitterten Apfelbaum, der schon viele Jahre keine Früchte mehr trug. Nur fort damit, dachte er, und gab ihn auf eine Versteigerung. Er traute seinen Ohren kaum, als er die Summe hörte, die man für den Apfelbaum bot. Er bekam viel mehr dafür, als in Zahlen der Umfang der Sonne in Millimetern beträgt. Jetzt bin ich viel reicher als je, dachte Sebastian, und mietete einen Eisenbahnwaggon, um sein Geld nach Hause zu transportieren. Da er aber die ungeheuren Papierballen gar nicht unterbringen konnte, sah er sich genötigt, schleunigst etwas dafür zu kaufen. Man kann sein Erstaunen nicht beschreiben, als er für sein ganzes schönes Baumgeld gerade noch einen Ast erstehen konnte.

Diesen Ast, in den sich im Laufe der Zeit sein Wald verwandelt hatte, nahm er unter den Arm und trug ihn nach Hause. Dort nagelte er ihn an das Fensterkreuz, nahm einen festen Strick und hängte sich auf. Das war sehr klug von ihm, denn als seine Verwandten kamen und sein Erbe teilen wollten, bekamen sie zwar für den Ast eine riesige Summe Geldes, das nach der Beerdigung dem Wert eines Streichholzes gleichkam.

Der Eisenbahndieb.

Von Curt Seibert.

(Nachdruck verboten.)

Komoll, der gerissenste Eisenbahndieb der Strecke Mainz—Kiel—Danzig—Basel, hatte ein Opfer erspäht. Einen älteren Herrn mit einem wundervollen Kupeekoffer. Er nahm ihm gegenüber Platz und stellte seinen Handkoffer in das Netz. Sie kamen bald ins Gespräch, über Boxer und Ministerpräsidenten und andere wertvolle Menschen. So auch über Gepäckdiebe. Natürlich schimpfte Komoll tüchtig mit und bat schließlich den alten Herrn, doch auf seinen Koffer aufzupassen, während er in den Speisewagen gehen werde. Er hatte richtig kalkuliert. Der andere war nicht nur gern dazu bereit, sondern bat auch seinerseits Komoll, später, wenn er speisen gehen werde, doch ebenfalls auf sein Gepäck Obacht zu geben. Komoll versprach das natürlich und ging.

Im Speisewagen bestellte er vergnügt ein gutes Mittagessen. So schnell und glanzvoll war ihm noch keiner ins Netz gegangen. Auf den Koffer des alten Herrn wollte er schon gut aufpassen, so gut, daß ihn der andere gar nicht wiedersehen würde. Als er daher gesättigt und mit einer guten Zigarre bewaffnet in sein Abteil zurückkam, war der alte Herr verschwunden, — mit beiden Gepäckstücken.

Komoll stellte fest, daß er einem Eisenbahndieb, auf die er vorher mit Recht geschimpft hatte, ins Garn gegangen war, und lehnte sich ruhig in seine Ecke. Mochte der alte Herr sehen, was er mit seinem schäbigen Handkoffer anfing, in dem doch nur eine wollene Decke war. Dabei zog er die goldene Uhr aus der Tasche, die er vorhin beim Aufstehen dem alten Herrn abgenommen hatte. Die war jedenfalls mehr wert, als das Köfferchen.

Kleine Ereignisse.

Was die Kleptomanie ist, weiß heute jeder Mensch. Was durchaus nicht heißen soll, daß nun gleich jeder Mensch ein Kleptomane ist. (Bei uns in Oberschlesien sagt man ein Diebstehler!) Was aber der Kleptograph ist, das wissen nur wenige. Der Kleptograph ist nämlich eine Einrichtung, die jeder Mensch in seiner Tasche verborgen haben kann. Dieser Kleptograph ist ein kleiner Apparat, den die Amerikaner (angeblich!) erfunden haben, um jeden Menschen vor Taschendieben zu beschützen. Von diesem Apparat (der also in der Tasche befindlich ist!) gehen Drähte zu dem Hut. Der Hut bildet eine Empfangsstation. Kommt nun ein Dieb, und er macht sich unmerklich an Dir zu schaffen und Du hast einen oder vielleicht gar zwei Dollar bei Dir, schwupp, tritt eine radiogeheime Vorrichtung in Tätigkeit, und hast Du nicht gesehn, schon hast Du von dem Spitzbuben eine haargetreue Photographie. Du kannst diesen Dieb also steckbrieflich verfolgen lassen. Und wenn Du Glück hast, würdest Du ihn sogar finden. Aber nun sind die Diebe ja auch keine Schafspinsel. Neuerdings begehen sie ihre Raubzüge, mit Masken, falschen Bärten, als Chinesen verkleidet und so . . . Dir wird also die Kleptographie nicht viel helfen. Das Beste wäre, wenn sich irgend so ein Schlauberger finden wollte, der gleich eine blaue Minna dazu erfindet, wo der Kleptomane sofort ergriffen und nach dem nächsten Polizeipräsidium abtransportiert würde. Ich bin überzeugt, daß noch so eine Erfindung erfolgt. Ich fürchte nur mit Recht, daß auch dann die Diebe eine Erfindung erfinden werden, die auch diese grüne oder blaue Minna ungefährlich macht. Denn von jeher waren die Diebe erfinderischer als wir gewöhnlichen Sterblichen. Sonst gäbe es ja längst keine Diebe mehr.

*

Die russische kommunistische Partei hat festgestellt, daß sich das große proletarische Bewußtsein über die bourgeoisen Gebräuche immer energischer stellt, und daß sich der proletarische Standesstolz auch auf die Namensgebung erstreckt; für kommende Generationen ein leuchtendes Beispiel auf diese so belämmerte Zeit. Man ist in Rußland auf den genialen Einfall gekommen, neu geborene Kinder gleich mit einem Vornamen zu beschenken, der auf die Geistesheroen Bezug nimmt. Halt, werden die kommenden Geschlechter sagen, das ist auch ein Kind, in diese Welt hineingeflogen in der Zeit der glorreichen, großen Entwickelung unserer Anschauung. Denn wenn sich Fräulein Engelsine Musterknochen (von Engels abgeleitet!) dem Fräulein Elektrine Habenichts vorstellen wird, so wird der junge Mann mit Namen Ninel (von Lenin — bloß umgekehrt!) Hungertuch, sich sicher für Fräulein Elektrine entscheiden, weil dies Mädchen aus der Zeit stammt, da man in Rußland für die elektrische Kraft großes Interesse bezeugte. Alle diese „Taufen" werden heute in Moskau als Siege des proletarischen Gedankens gebucht, und warum sollten sie auch nicht. (Eine Bismarkine hat es bis heute noch nicht gegeben — dagegen eine Bebeline.) Und das ist immer ein Fortschritt, die für unsere sieghafte Zeit zu sprechen scheint.

*

Und nun hat sich zum Abschluß dieser Zeitgeschehnisse noch ein anderes Geschichtlein ereignet. In dem kleinen Ort Coruna (nicht Piorunna!) in Spanien hat eine Mutter, zugleich mit ihrer Tochter, je einem Knaben das Leben geschenkt. Am gleichen Tage! Man denke! Die Nachbarn ließen den Tag nicht ungefeiert vorüberziehen und gingen allsogleich in Massen nach dem wunderbaren Hause, um sich das Ereignis anzusehen. Man nahm die beiden Neugeborenen auf den Arm und dann gingen sie von Hand zu Hand. Und alles staunte über die niedlichen Kleinen. Aber o Jammer, als der Betrachtung genug geschehen, wußte keiner mehr, wem nun der richtige Knabe gehöre. Ob der Knabe nun der Sohn von der Mutter oder von der Tochter sei. Und es erhub sich gleich ein gar groß Wehgeschrei. Denn es ist doch ein Unglück, wenn die Kinder vertauscht werden. Auch die sogenannte Stimme des Blutes war unauffindbar, und eine tiefe Ratlosigkeit griff energisch um sich. Davon hörte der Geistliche der Ortschaft, und er protestierte gegen eine derartige Verwechslung. Aber keiner kann sagen, wohin nun eigentlich der erste Knabe mit dem zweiten gebracht werden soll, ob der eine zur Mutter und der andere zur Tochter oder der andere zur Mutter und der eine zur Tochter. Salomon ist tot! Vielleicht wüßte er Rat. Ich bin kein Salomo, sonst würde ich mich melden, und das zweite salomonische Urteil fällen. Und so wiederholet alles sich im Leben . . .

Walter Medoc.

Lustige Ecke.

Allerlei Lustiges aus dem englischen Theaterleben erzählt die bekannte Schauspielerin Miß Eva Moore in ihrem Buch „Abgänge und Auftritte": Während des Krieges war H. B. Irwing Direktor des Savoy-Theaters. Eines Abends wird ein Luftschiffangriff gemeldet, und der Direktor stürzt in höchster Aufregung in die Garderobe der ersten Liebhaberin, ohne darauf zu achten, daß er sie in einem Zustand des höchsten Unbekleidetseins überrascht. „Nehmt Deckung!" ruft er ihr zu, ohne sie anzusehen, und stürzt wieder heraus.

Die Verfasserin trat einmal in einem Sketch in einem Provinzvariété auf, wo das Publikum Bier trank, rauchte und Zeitungen las während der Vorstellung. Als sie sich darüber beklagte, meinte der Direktor: „Sie haben ganz recht. Aber nächste Woche bringen wir eine Nummer, bei der alle aufpassen werden." Als sie ihn nach dieser großen Attraktion fragte, sagte er voll Stolz: „Roscoes dressierte Schweine."

Ein Neffe der Miß Moore nahm am Kriege teil und wurde in der Schlacht am Skagerrak verwundet. Nachdem er aus dem Lazarett einen Brief geschrieben hatte, der eine ausführliche Schilderung dieser furchtbaren Seeschlacht enthielt, fügte er hinzu: „Aber um nun von etwas Ernstem zu reden; ich bin meiner Wäscherin 30 Schilling schuldig, und bis nicht die Rechnung bezahlt ist, will sie mir meine Hemden nicht wiedergeben.

Fataler Mißgriff. Mutter: „Warum weinst Du denn so, meine Tochter? Geht es Dir so nahe, daß Dein Mann verreist ist?" — Tochter: „Nein, das nicht. Aber er schreibt, daß er mein Bild täglich hundertmal aus seiner Brieftasche nimmt, um es zu küssen, und dabei hat er es gar nicht bei sich. Ich habe es zum Scherz herausgenommen und Deins dafür hineingesteckt."

Der Plagiator. Redakteur: „Sind Sie ganz und absolut sicher, dieses Gedicht selbst verfaßt zu haben?" — Dichterling: „Ich versichere Sie." — Redakteur: „Dann freut es mich sehr, Sie kennen zu lernen, Herr Heinrich Heine. Ich glaubte allerdings, Sie seien schon längst gestorben."

Auto auf der Landstraße. Panne. Die beiden Insassen lagen unter dem Wagen, eifrig an der Arbeit mit allerhand Werkzeug, die Maschine wieder in Gang zu bringen. „So, jetzt wird es gehen," sagte der eine, „ich hab' eine tüchtige Portion Schmieröl in den Zylinder gegossen." — „Zylinder?" rief der andere entrüstet aus, „das war mein linkes Ohr!"

Was wir lieben. Der neueste Lokalschlager Berlins hat den folgenden „geistreichen" Refrain:

War die erste Frau 'ne Pleite,
Nimm 'ne zweite, nimm 'ne zweite,
Bricht die zweite Dir die Treue,
Nimm 'ne neue, nimm 'ne neue.
Kannst Du Nummer drei nicht leiden,
Laß Dich scheiden, laß Dich scheiden.
Heirat', heirat', heirat', heirat' noch und noch,
Einmal, einmal kommt die richt'ge doch!

Träume der Trunkenheit. Herr Schmidt geht angeheitert des Abends nach Hause. Unterwegs zieht er die Uhr, stellt sich dicht unter eine elektrische Laterne, um besser sehen zu können, steckt die Uhr ein und knöpft den Mantel sorgfältig zu. Wie er weiter gehen will, merkt er, daß ihm das ganz unmöglich ist. Sein umnebelter Verstand jagt ihm die Angst ein, durch die elektrische Kraft sei er gefesselt und er schreit daher laut um Hilfe. Der herzueilende Wachmann übersieht sofort die Situation und brüllt Herrn Schmidt an: „Menschenskind, das is doch keen Wunder, daß Sie hier feste sitzen, wenn Se den Mastboom mit in'n Überzieher knöppen!"

Silben-Rätsel.

Nr. 15.

Aus den Silben:

a — ae — an — bad — be — bo — burgh — cham — chos — da — de — de — der — di — din — e — e — e — e — e — ec — el — en — fa — gau — gen — gen — hen — i — i — i — ja — ka — ko — kob — le — le — lem — li — li — li — li — lu — ma — ment — mi — mos — na — na — nach — ne — ne — ne — ni — os — phag — pi — ra — ra — ren — ri — ri — rit — rich — sa — sä — sal — sar — se — schlan — sin — so — stan — te — te — tri — tschi — um — ur — vid — wa — zen — zi

sind 28 Wörter zu bilden, deren Anfangsbuchstaben von oben nach unten und deren Endbuchstaben in umgekehrter Reihenfolge gelesen eine Sentenz ergeben. Die Wörter bedeuten: 1. Anhänger einer Religion. 2. Stadt am Rhein. 3. Orientalische Silbermünze. 4. Land in Asien. 5. Hauptstadt. 6. Flüssigkeit. 7. Fluß in Indien. 8. Sohn des Odysseus. 9. Römische Beamte. 10. Insel. 11. Element. 12. Gefäß. 13. Oper. 14. Hebräischer König. 15. Epos. 16. Weibl. Vorname. 17. Bad im Taunus. 18. Naturkraft. 19. Männlicher Vorname. 20. Polnisches Städtchen. 21. Spanische Fürstenfamilie. 22. Waffe. 23. König Großbritanniens. 24. Blume. 25. Sarg. 26. Griechischer Redner. 27. Wüstenwind. 28. Belgische Provinz.

Auflösung des Silbenrätsels. Nr. 14.

„Gebt zur Deutschen Altershilfe".

1. Georgine. 2. Enzian. 3. Bernina. 4. Terzerol. 5. Zimmet. 6. Unze. 7. Reiher. 8. Decius. 9. Eibisch. 10. Ussuri. 11. Titurel. 12. Sherif. 13. Charite.

Richtige Lösungen haben eingesandt:

Günther v. Lehmann-Nitsche, Gert v. Sierakowski, Gustav Litz, Posen; G. Kellermann, Posen; R. Polzuch, Irma Schulze, Posen; Joachim v. Unruh, Kl. Münche; Rudolf Podolski, Hildegard Jüterbock, Birnbaum; Rudolf Reiche, Posen; Fritz Simon, Posen.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Polens Eisenbahnwesen.

Das polnische Eisenbahnwesen hat immer noch schwere Kinderkrankheiten oder besser Zeitkrankheiten durchzumachen, das heißt an Erscheinungen zu leiden, die in all den vom Weltkriege devastierten oder wirtschaftlich besonders stark mitgenommenen Ländern aufgetreten sind und noch auftreten. Hinzu kommt noch, daß Polen nicht nur den durch die neuen Grenzen gegebenen verkehrsgeographischen Bedingungen wenig angepaßt ist, diesen vielmehr oft gerade zuwiderläuft, daß der Lokomotiven- und Wagenpark aus der Zwangserbschaft von verschiedenen Ländern, zum Teil mit anderer Spurweite (Rußland) stammt und daß auch der Beamtenkörper, soweit er überhaupt nicht erst aus dem Boden gestampft werden mußte, ebenfalls aus der Verwaltung dreier recht verschiedener Länder übernommen wurde und sich naturgemäß erst allmählich richtig zusammenleben kann. So gerechtfertigt eine scharfe Kritik der polnischen Eisenbahnverwaltung in vielfacher Beziehung auch heute noch ist, muß man diese kurze Erinnerung doch voranstellen, wenn man bei Beurteilung der gegenwärtigen Lage gerecht bleiben will. Vieles ist in der Tat schon wesentlich besser geworden. Der Zugverkehr ist im allgemeinen pünktlich. Die monatelangen Klagen der Holzexporteure über die verstopften Strecken nach Danzig haben nachgelassen, — allerdings wohl hauptsächlich deshalb, weil infolge der vor einiger Zeit eingeführten hohen Ausfuhrzölle auf Rohholz auch der Export sehr nachgelassen hat. Selbst die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich in der ersten Zeit nach der Übernahme Südoberschlesiens für die Wagengestellung für die dortige Montanindustrie ergaben, sind zu großem Teil überwunden, wenn es auch noch zu Anfang des vergangenen Monats wieder so schlecht damit beschaffen war, daß auf den Kohlengruben hier und da Feierschichten eingelegt werden mußten, weil die Halden nicht geräumt werden konnten. Hier sprach allerdings auch die lange Unterbrechung der Anforderungen aus Deutschland in den voraufgegangenen Monaten mit.

Dennoch bleiben der Sorgen genug übrig. Man wird unbedingt bauen müssen, neue Hauptstrecken in der Richtung Nord-Süd, viele neue Abtransportwege aus den oberschlesischen, Krakauer und Dombrowaer Industriegebieten, aber auch aus den Waldgegenden der östlichen Provinzen, ferner große Rangierbahnhöfe und vor allem und nicht zuletzt noch viele, viele Lokomotiven und Wagen. Von dieser Notwendigkeit ist noch fast jede einzelne Regierung in Warschau durchdrungen gewesen. Aber auch jede sah sich außerstande, die benötigten finanziellen Mittel zu beschaffen. Was wunder, daß man auf allerlei Projekte verfiel, die Eisenbahnen zu entstaatlichen oder wenigstens durch die Gründung gemischter Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaften das Staatsbudget zu entlasten und das Privatkapital heranzuziehen. Natürlich haben sich gegen solche Pläne dieselben Widerstände erhoben, wie sie auch zum Beispiel in Deutschland gegenüber der Gefahr der „Stinnisierung" der Reichsbahnen laut geworden sind. Jedenfalls dürfte die Erwägung einer etwaigen Verpachtung des polnischen Eisenbahnwesens an ein Konsortium aus heimischen und vor allem ausländischen Finanzleuten noch keineswegs aufgegeben sein. Denn auch das Defizit aus dem laufenden Betriebe nimmt immer bedrohlichere Dimensionen an, und man weiß nicht, ob die Valorisierung der Beförderungs- usw. Gebühren eine wesentliche Besserung schon im neuen Jahre herbeiführen wird. Die bisherigen Heraufsetzungen der Papiermarkgebühren haben — wie man das auch in Deutschland bei den Staatsbahnen ebenso wie bei den Straßenbahnen beobachten konnte —, jedenfalls den Reiseverkehr schon so stark abnehmen lassen, daß das Betriebsdepartement des Eisenbahnministeriums sich, wie ein Bromberger polnisches Blatt neulich meldete, ganz ernsthaft mit dem Gedanken trägt, den vierten Teil der bisher verkehrenden Personen- und Schnellzüge zu kassieren. Vermutlich würde eine solche Maßnahme vor allem auf einen Abbau des allerdings außergewöhnlich großen Beamtenapparats der polnischen Eisenbahnen hinauslaufen. Man schätzt, daß auf einen Kilometer Eisenbahn in Polen 26 Beamte, in England dagegen nur 9, in Frankreich 13 entfallen.

Was bei der gegenwärtigen Finanzlage des polnischen Staates aus verschiedenen schwebenden Bauprojekten werden wird, ist augenblicklich gar nicht zu übersehen. Eine Anzahl von kürzeren Verbindungsstrecken, Bahnhofsumbauten und Gleiserweiterungen ist, wie wir schon früher erwähnt haben, allerdings bereits in Angriff genommen worden. Die meisten Neubaupläne aber dürften wohl noch in der Schwebe gehalten werden, bis eine Entscheidung in der Frage der Umwandlung der staatlichen Eisenbahnverwaltung in einen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb oder einer etwaigen Verpachtung entschieden werden kann oder aber bis sich die Auswirkung des großen Finanzreformwerkes, das der neue Premierminister Grabski mit Hilfe eines sehr weit umgrenzten Ermächtigungsgesetzes (nach berühmten Mustern!) im Laufe des neuen Jahres durchführen will, näher abschätzen lassen. Ähnlich wird es auch mit der noch viel dringender notwendigen Vergrößerung des Lokomotiven- und Wagenparks bestellt sein. Im Augenblick erscheint es sogar zweifelhaft, ob die in den letzten Monaten auf lange Frist erteilten Staatsaufträge voll aufrecht erhalten werden können. Nach den bis zum Herbst des vergangenen Jahres abgeschlossenen Verträgen waren 245 Lokomotiven in Bestellung, davon 35 für Personenzüge bei deutschen Firmen und ferner für Güterzüge 100 Lokomotiven bei belgischen, 27 bei deutschen, 13 bei österreichischen, 25 bei amerikanischen und 45 bei inländischen Firmen. Außerdem war die Lieferung von 35 neuen Lokomotiven starker Bauart für die staatlichen Schmalspurbahnen vorgesehen. Abgesehen von dem noch vorliegenden Auftrag über 10 Personenwagen, die aus Österreich geliefert werden sollten, werden künftig solche nur noch im Inlande bestellt. Mit polnischen Fabriken läuft bereits ein Lieferungsvertrag über 225 Personenwagen. An Güterwagen wurden neu bestellt bei inländischen Werken 6375, in Amerika 7505 und ferner 15 Zisternenwagen in Deutschland und 150 in Frankreich. Hiernach würde sich die Gesamtvergrößerung des Güterwagenparks auf 14 045 belaufen. Ein erst kürzlich eingebrachter Antrag auf weitere Vergrößerung der Wagenzahl, speziell für den oberschlesischen Bedarf — es soll sich um ca. 5000 Wagen gehandelt haben — ist bereits vom Finanzministerium abgelehnt worden. Der Herstellung von Lokomotiven im Inlande haben lange Zeit die größten technischen Schwierigkeiten entgegengestanden. Auch heute noch kann von dem Bezuge eines großen Teiles des Materials aus dem Auslande nicht abgesehen werden. Die erste in Polen selbst gebaute Lokomotive konnte erst am 23. Dezember des vergangenen Jahres von der A.-G. für Lokomotivenbau in Warschau abgeliefert werden, was unter entsprechenden Feierlichkeiten geschah. Sie gehört zu dem Typ für Warenzüge Tr. 12/66 und soll der in den österreichischen Werken Floridsdorf hergestellten Serie ähneln. Die Frage des Umbaus der von Rußland auf Grund des Rigaer Friedensvertrages übernommenen breitspurigen Lokomotiven, die mehrfach Gegenstand von erregten Parlamentsdebatten gewesen ist, scheint auch noch keine endgültige Lösung gefunden zu haben. Voraussichtlich wird man aber der in Aussicht genommenen österreichischen Firma den Auftrag wieder entziehen, um ihn an inländische Werke zu geben. Sechs dieser breitspurigen Lokomotiven sind inzwischen leihweise an Lettland abgegeben worden, und wie es heißt, soll Lettland dafür drei normalspurige Lokomotiven Polen zur Verfügung stellen.

Neben den Sorgen über den Neubau von Lokomotiven und Waggons geht aber auch die Sorge wegen der Bewältigung der erforderlichen Reparaturen einher. Es bestehen zwar schon seit längerer Zeit Dauerverträge mit den in Polen existierenden bzw. mit weitgehender staatlicher Unterstützung neu gegründeten oder erweiterten Werken, doch scheint auch hier die technische Einrichtung und wohl auch das technische Personal noch nicht auf der erwünschten Höhe zu stehen, um allen Anforderungen prompt nachkommen zu können. Angeblich soll die erste Warschauer Lokomotivenfabrik jetzt in der Lage sein, ca. 150 Lokomotiven jährlich zu reparieren. Eine Reihe von staatlichen Eisenbahnwerkstätten hat man bereits im Jahre 1922 zu errichten begonnen, so die in Pruschkow für 352, in Kursk für 80, in Tarnow für 200 Waggonstände und ferner eine Lokomotivenmontageanlage für 20 Stände, daneben eine Hilfswerkstätte in Kleparow in der Nähe von Lemberg. Der Bauplan für 1923 sah die Errichtung von Werkstätten bzw. deren Umbau in Skalmierzyce, Posen, Warschau, Lemberg, Lapy und von einigen Hilfswerkstätten sowie die Inbetriebnahme der Werkstätten Kattowitz und Tarnowitz vor. Trotzdem reicht auch dieser ganze Werkstättenapparat noch nicht aus, weil vor allem die Frage der Finanzierung der erforderlichen technischen Einrichtungen auf Schwierigkeiten stößt.

Angesichts der Erörterung der Verkaufs- oder Verpachtungsfrage dürfte der Wert der polnischen Eisenbahnen von besonderem Interesse sein. Nach einer im vergangenen Sommer vom „Kurjer Poranny" veröffentlichten Schätzung berechnete man den Wert der polnischen Eisenbahnlinien auf 3 648 830 000 Goldfrank, wozu noch die Danziger Linien mit 45 600 000 Frank kommen. Der Wert der Lokomotiven in Polen wurde auf 232 960 000 und der in Danzig auf 6 187 000, der Personenwagen in Polen auf 174 022 000 und der in Danzig auf 3 674 000 Frank geschätzt, der Güterwagen in Polen auf 205 213 000 und in Danzig auf 4 721 000 Frank. Das Danziger rollende Material gehört Polen nur zur Hälfte. Somit würde der Gesamtwert der polnischen Staatbahnen sich auf 4 291 095 000 Goldfrank belaufen.

Postcentime vom 15.-31. Januar 1924
19500 Mkp.,

d. h. es kosten in dieser Zeit:

a) **Inland**
gewöhnlicher Brief 10 ct = **195 000** Mkp.
Postkarte . . . . 6 ct = **117 000** „

b) **Ausland**
gewöhnlicher Brief 30 ct = **585 000** „
Postkarte . . . . 18 ct = **251 000** „

c) **Telegramm**
das Wort . . . . 8 ct = **156 000** „

im übrigen s. Posttarif in Nr. 8 des Pos. Tagebl. v. 10. 1. 24.

Von den Märkten.

Metalle. Berlin, 10. Januar 1924. Raff. Kupfer 1,07—1,09, Orig. Hüttenweichblei 0,55—0,57, Hüttenrohzink 0,62—0,64, Remeltedplattenzink 0,51—0,53, Orig. Hüttenaluminium gewalzt und in Barren 2,00, Bankazinn 4,65—4,70, Hüttenzinn (99 %) 4,50—4,55, Reinnickel (98—99 %) 2,30—2,40, Antimon Regulus 0,65—0,67, Feinsilber in Barren 89,50—90,50. — London, 9. Januar. Standardkupfer 60,18,9, 3 Mon. 61,11,3, Elektrolitkupfer 66,17, Standardzinn 244,7,6, 3 Mon. 245,12,6, Blei bar 32,5, 3 Mon. 30,16,3, Zink bar 34,8,9—3, Mon. 33,16, Engl. Antimon 44,18, Quecksilber 9,13,9. — Neuyork, 9. Jan. Elektrolitkupfer 12,75, Zinn 48,37, Blei 8,00, Zink 6,42, Roheisen (Dollar pro t) 22,75, Weißblech (Dollar pro 100 lbs.) 5,50.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 10. 1. 24.** Die Devisenbörse ist heute unverändert fest. Der Dollar bleibt bei 9 750 000 fest. Der Goldfrank notiert 1.910 Millionen, der Schweizer Frank 1.695 Millionen. Für das Pfund Sterling notiert die Börse 41.85 Millionen bei einer Parität von 46.0 Millionen. Von den Staatspapieren wird die Prämienanleihe (Miljonówka) mit 400 000 genannt. Die Goldanleihe notiert mit 150 Millionen und die Zlotybons II. A. mit 1.6 Millionen. An der Effektenbörse ist die Haltung wieder fest geworden. Von den Papieren werden wieder fast alle Werte verlangt. Der offizielle Kurszettel nennt folgende Notierungen, für Bankwerte: Dyskontowy 17 000, Handlowy 16 550, Przemysłowy w Pol. 4500, Polski Bank Handlowy 8750, Zachodni 8500, Zjedn. Ziem Polsk. 3500, Związku Spółek Zarobk. 25 000, Związku Ziemian 475; Industriewerte: Cerata 900, Sole Potasowe 23 500, Kijewski 18 500, Puls 2300, Spieß 5250, Strem 43500, Wildt 825, Chodorow 39 000, Michałow 10 000, Tow. Fabr. Cukru 21 000, Warsz. Kop. Węgla 28 500, Cegielski 4300, Fitzner & Gamer 36 500, Rau 3700, Modrzejow 38 000, Nordlin 7500, Ortwein 2150, Starachowice 21 000, Zieleniewski 61 000, Zyrardow 1 000 000, Zawiercie 1200 Millionen, Unja 28 500, Haberbusch 15 750, Polska Nafta 2600, Nobel 8050, Spiritus 15 000, Ćmielow 8450, Tkanina 450, Brown Boveri 6000, Kabel 3400, Trzebinia 3000.

≠ **Warschauer Börse vom 10. 1. 24.** (Markt der nichtnotierten Werte). Chybie 75 000, Kujawy 95 000, Zbiersk 2500, Zduny 160 000, Pruszków 1300, Elektrownia na Sanie 1000—1100, Gazy 200 000, Jaworzno 180,000, Kaneżuk 600, Lokomotywy 8000—9500 (gestriger Kurs 2500—3000 ist zu streichen), Nitrat 2000—2500, Machlejb 3000, Hurt. Opakowa 90, Guma Rubber 150, Granat 235, Zeydler 1250—1200, Przemysł Terpentynowy w Polsce 900, Zagożdżon 400, Sarniańska Huta Szklana 85, Wiór 450, Sp. Akc. M. Zagajski 6800—6500—6600, Zakłady Górnicze Polprod 900.

≠ Die P. K. K. P. zahlte am 10. 1. 24 (in 1000 Mkp.) für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 4 982.9 (3 299.4), Mark 2 288 (916.5), Krone 1 964.4 (765.2), lateinische Münzeinheit 1 861.4 (765.2), Dollar 9 649 (4 410), Pfund Sterling 46 951 (sh. 958.6), türkisches Pfund 42 319, schwedische Krone 2 585.3 (1009.8), österr. Dukaten 22 069 (fl. 2036.4), holländischer Gulden 3 878 (1757) belgische und holländische Dukaten 22 019.1 1 g Feingold 6 412.1 (183.3).

≠ **Die polnische Mark am 10. Januar.** **Danzig:** 0.578 bis 0.582 (Parität: 1 725 000), Auszahlung Warschau 0.548 bis 0.552 (Parität: 2 000 000). **Wien:** 59—69 (Parität: 172.—). **Prag:** Auszahlung Warschau 3.10—3.90 (Parität: 286 000). **London:** Auszahlung Warschau 0.000000238 (Parität: 42 000 000).

≠ **Berliner Börse vom 10. Januar.** (Amtlich.) (In Millionen Mark, Wien und Budapest in 1000.) Neuyork 4 189 500, London 18 254 250, Paris 211 470, Wien 60 847, Prag 125 685, Mailand 186 533, Brüssel 186 533, Budapest 149 625, Schweiz 750 120, Helsingfors 105 735, Sofia 30 573, Amsterdam 1 625 925, Christiania 620 445, Kopenhagen 756 105, Stockholm 1 136 135, Madrid 543 638, Tokio 1 995 000, Belgrad 47 880, Portugal 138 652. Tendenz ruhig.

≠ **Ostdevisen in Berlin** vom 9. Januar. Freiverkehr. (In Millionen, polnische in 1000.) Auszahlung: Bukarest 21 691 G. 21 909 B.; Riga 16 475 G., 16 725 B., Reval 10 420 G., 10 580 B., Kowno 420 750 G., 429 250 B., Kattowitz 276 G., 284 B. — Noten: polnische 283 G., 277 B., lettische 15 405 G., 16 195 B., estnische 9750 G., 10 250 B., litauische 406 G., 425 B.

≠ **Züricher Börse vom 10. Januar.** (Amtlich.) Neuyork 5.7525, London 24.72, Paris 28.25, Wien 0.008095, Prag 16.7375, Mailand 24.875, Brüssel 24.975, Budapest 0.0210, Helsingfors 14.30, Sofia 4.075, Amsterdam 216.875, Christiania 83, Kopenhagen 101, Stockholm 151.5, Madrid 73.50, Bukarest 2.945, Berlin 1.325, Belgrad 6.425, Athen 11.5, Konstantinopel 3.07.

≠ **Die Goldmark in Polen,** errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 11. 1. 24 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 2 320 000 Mkp.

≠ **Danziger Dollarparität,** errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 11. 1. 24. 1 Dollar in Polen = **11 530 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 2 755 000 Mkp.**

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

	11. Januar	10. Januar
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	850—900	750
Bank Poznański I.—II. Em. . . .	200	180
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	1 100—1 200	850—950—925
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	2 700	1 900—2 100
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	1 000	950
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	300	330—300
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	—,—	35,—40
Bank Młynarzy I.—II. Em. . . .	100	100
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	800	775—800
Bydgoska Fabr. Mydeł I.—II. Em.	500	500
R. Barcikowski I.—VI. Em. . . .	270	250
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	1 650—1 600	1 600—1 650
H. Cegielski I.—IX. Em.	500—470	500—550—520
Centrala Przemysłu Rzeźnickiego .	60	—.—
Centrala Rolników I.—VII. Em. .	200	180—200
Centrala Skór I.—V. Em.	1 100—1 150	900—950
Cukrownia Zduny I.—III. Em. . .	—,—	17 500—18 000
Dębienko I.—IV. Em.	400	350—400
Galwana	300	350—300
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	300—325	300
Goplana I.—III. Em.	600	625
C. Hartwig I.—VI. Em.	450—470—450	300—450
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em. .	2 000	1 750—2 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	—,—	55—7[illegible]
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	75—90	55—80
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	220	250—230
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . .	3 000	2 600—2 900
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	260—250	260
Iskra I.—III. Em.	1 000—950	1 000
Konserwy Mięsne w Bydgoszczy .	—.—	1 400
Len w Toruniu ohne Bezugsr. . .	400	400
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—.—	23 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	13 000—13 500—13 250	12 000—13 500
Młyn Parowy w Gnieźnie . . .	—,—	400
Młyn Ziemiański I.—II. Em. . .	600	550—600
Młynotwórnia I.—V. Em.	650	650
Orient I.—II. Em.	100	—.—
S. Pendowski I.—III. Em. . . .	350	—.—
Płótno I.—III. Em.	375—350	350—400—380
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em. .	400	350
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	925—800	850—925
Pneumatik I.—IV. Em.	80	70—80
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	2 000	2 000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . .	920—850	850—925
Syndykat dla Handlu z Zagr. I.—III. Em.	50	55
Starogradzka Fabr. Mebl. I.-II. Em.	400	400
Tartak we Wrześni I.—II. Em. . .	95—100	85—100
Tkanina I.—IV. Em.	300	350—300
Tri I.—III. Em.	850	900
„Unja" (früher Benzki) I. u. III. Em.	3 600—3 500	3 500—3 700—3 600
Włókno I.—IV. Em.	450—300	—,—
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em. . .	6 500—6 000	5 500—6 750
Wytwórnia Chemiczna I.—IV. Em.	280—250	300—280—300
Wyroby Ceramiczne I.-II. Em. Kupt.	1000	—,—
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	900—850	800—900—850

Tendenz: fest.

Warschauer Vorbörse vom 11. Januar.

Dollar 9 649 000—9 750 000. Engl. Pfund 41 850 000. Schweizer Franken 1 695 000. Französischer Franken 480 000.

≠ **Valorisationsfrank für den 12. Januar 1924 1 900 000 Mkp.**

≠ **Der Durchschnittskurs des Dollars** für den Monat Dezember (zur Vervollständigung unserer Tabelle in Nr. 293 des Posener Tageblatts vom 25. Dezember 1923) beträgt nach den amtlichen Notierungen der Warschauer Börse im Monat Dezember 5 600 000 Mark polnisch.

Warschauer Börse vom 10. Januar.

Devisen:

Belgien . . .	434 000—425 000	Prag	288 600—281 500
London .	43 000 000—41 850 000	Schweiz . .	1 793 000—1 695 000
Neuyork .	10 000 000—9 750 000	Wien	149,00—133,00
Holland . .	3 773 000—3 680 000	Italien . . .	433 000—422 000
Goldfrank	1 901 000	Zlotybons IIa	1 600 000
Paris	493 000—481 000		—1 525 000—1 600 000

Danziger Mittagskurse vom 11. Januar.

1 Million poln. Mark . . . . 0,56 Gulden
1 Dollar . . . . 5,89 „

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 11. Januar 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation.)

Weizen .	27 000 000—30 000 000	Weizenkleie . . .	15 000 000
Roggen .	18 000 000—20 000 000	Roggenkleie . . .	13 000 000
Weizenmehl	50 000 000—55 000 000	Peluschken	23 000 000—25 000 000
Roggenm.	33 000 000—36 000 000	Serradella	18 000 000—20 000 000
Gerste . . .	17 000 000	Wicken . .	20 000 000—23 000 000
Braugerste	18 500 000—20 500 000	Felderbsen	28 000 000—33 000 000
Hafer . .	18 000 000—20 000 000	Vikt.-Erbsen	45 000 000—55 000 000

Geringere Nachfrage. — Tendenz: ruhig und abwartend.

Posener Viehmarkt vom 11. Januar 1924.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 170 000 000 M., II. Sorte 155 000 000 bis 160 000 000 M., III. Sorte 130 000 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 150 000 000 M., II. Sorte 120 000 000—130 000 000 M., III. Sorte 100 000 000 M.

II. Schweine: I. Sorte 220 000 000—230 000 000 M., II. Sorte 200 000 000 M., III. Sorte 180 000 000—185 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 3 Ochsen, 21 Bullen, 29 Kühe, 70 Kälber, 134 Schweine, 377 Ferkel (6—8 Wochen alte 24 000 000—28 000 000 Mark das Paar, 9 Wochen alte 30 000 000—34 000 000 M. das Paar), 4 Schafe, 8 Ziegen. — Tendenz: ruhig.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; Teil für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.